

## Schlüsseldokumente zu Franz Häußler

---

### Anhang, Seite 50

NSDAP-Mitgliedskarte von Franz Häußler.

*(Quelle: BArch, NSDAP Mitglieðerverzeichnis – Zentralkartei, 3100/G 0161)*

### Anhang, Seite 51

Persönliche Stellungnahme des Landesleiters zum Aufnahmeantrag für die Reichsschrifttumskammer von der Reichsschrifttumskammer, Landesleitung Österreich, Gruppe Schriftsteller, 24.05.1939.

*(Quelle: BArch, Reichskulturkammer, RK I 0213)*

### Anhang, Seite 52

Beigefügter Lebenslauf von Franz Häußler, ohne Datum.

*(Quelle: BArch, Reichskulturkammer, RK I 0213)*

Name: Häußler Franz Dr.  
Stud. Rat  
Geb.-Datum: 25.5.99 Beruf: Lebende:  
Geb.-Ort: Saubersdorf Berechtigte:

Nr.: 7677385 Aufn.: 1.6.40

Aufnahme beantragt am: 11.2.40

Wiederaufn. beantragt am: ..... genehm.: .....

Austritt: .....

Gelöscht: .....

Ausschluß: .....

Aufgehoben: .....

Gestrichen wegen: .....

Zurückgenommen: .....

Abgang zur Mehrheit:  
Zugang von .....

Gestorben: .....

Bemerkungen: .....

Wohnung: W.19, Hartäckerstr. 108

Ortsgr.: Wien

Gau: Wien

Monatsmeldg. Gau: ..... Mt. .... St. ....

Et. St./ ..... vom .....

Wohnung: .....

Ortsgr.: ..... Gau: .....

Monatsmeldg. Gau: ..... Mt. .... St. ....

Et. St./ ..... vom .....

Wohnung: .....

Ortsgr.: ..... Gau: .....

Monatsmeldg. Gau: ..... Mt. .... St. ....

Et. St./ ..... vom .....

Wohnung: .....

Ortsgr.: ..... Gau: .....

Monatsmeldg. Gau: ..... Mt. .... St. ....

Et. St./ ..... vom .....

Wohnung: .....

Ortsgr.: ..... Gau: .....

REICHSSCHRIFTTUMSKAMMER  
LANDESLEITUNG OESTERREICH  
GRUPPE SCHRIFTSTELLER

Wien, am 24.5.39....

Betrifft: Persönliche Stellungnahme des Landesleiters zum Aufnahme-  
antrag für die Reichsschrifttumskammer.

Name des Antragstellers: H. A. U. S. S. I. A. R. Dr. Franz.....

Adresse: M. I. E. N. 19, Hartäckerstraße 108.....

Der Genannte ist Mittelschul-Professor. Seit 1938 Mitglied der Partei und Politischer Leiter. Er hat den Weltkrieg mitgemacht und beschäftigt sich nunmehr schriftstellerisch auf dem Gebiete des Fachschrifttums philosophischer Art und des Vortragswesens. Indem in politischer Hinsicht keine Bedenken bestehen, beantragt die Landesleitung Wien die Ausstellung eines allgemeinen Befreiungsscheines nach Punkt 3 der Verordnung.

**Streng vertraulich!**  
**Nur für den Dienstgebrauch.**



i. A.

Der Geschäftsführer:

*[Handwritten signature]*

Häubler,  
Franz

RK 10213

Prof. Dr. Franz Häußler,  
Wien, 19. Hartäckerstraße 108.

### Lebenslauf.

Ich bin am 25. Mai 1899 in Saubersdorf (Niederdonau) geboren. Meine Vorfahren, die ich bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts verfolgen kann, waren Lehrer, Handwerker, Bauern, Beamte. Da mein Vater sehr früh starb (1900), wurde ich von Mutter und Großeltern erzogen.

Ich besuchte die Volksschule in Winzendorf, das Untergymnasium im Sängerknabenkonvikt zu Heiligenkreuz, das Obergymnasium in Wien. Nachdem ich die Reifeprüfung mit Auszeichnung abgelegt hatte, rückte ich im März 1917 als Freiwilliger ein. Nach der Offiziersschule (Iglau) und einem Kadettaspirantenkurs in Povo bei Trient, kam ich zu Wehrmachtsan die Front. (Ich war bei IR 4 eingerückt, nach der Offiziersschule dem IR 27 zugeteilt).

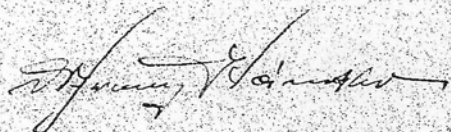
Mitgemacht habe ich die Winteroffensive 1917 in den sieben Gemeinden, die Sommeroffensive 1918 bei Asiago und die darauffolgenden Abwehrkämpfe. Im April 18 wurde ich zum Fähnrich ernannt, erhielt das ETK und die BTH war Erkundungs- und Gasschutzoffizier des Bataillons und führte zeitweise auch den Sturmzug der Gefregenschaft, in die mein ganzes Regiment geriet, entging ich, da ich beim Abschluß des Waffenstillstandes auf Urlaub war.

Aus dem Militärverbände entlassen, inskribierte ich an der philosophischen Fakultät der Universität Wien Germanistik, Philosophie, Geschichte und später Romanistik. Ich betätigte mich auch im "Akademischen Verein der Germanisten", den ich ein Semesterlang als Obmann leitete. Im siebenten Semester legte ich meine Rigorosen mit Auszeichnung ab und wurde zum Dr. Phil. promoviert. Mein Wunsch, mich zu habilitieren, scheiterte an der völligen Mittellosigkeit, in die uns die Inflation gestürzt hatte. Ich nahm eine Anstellung in einer Bank an, studierte nebenbei Staatswissenschaft und begann meine Tätigkeit als Vortragender an der Urania und im Wiener Volksbildungshause.

Gerade als ich heiratete, brach die Depositenbank zusammen. Ich lebte nun einige Jahre als freier Schriftsteller und Vortragender. Erst als ich erkrankte, mußte ich mich entschließen, doch wieder einen festen Beruf zu ergreifen. So wurde im Jahre 1928 Mittelschulprofessor und lehre seither Deutsch, Philosophie und Französisch. Im Zusammenhang damit veröffentlichte ich mehrere Bücher.

Im Jahre 1934 gründete ich, früheren Plänen entsprechend, die Jung-Urania, eine Jugendorganisation der Urania, die einerseits Kurse und Lehrgänge für Kinder, Jugendliche und Studenten zu pflegen hatte (in einem Zeitraum von drei Jahren stieg die Kurszahl von zwei auf zweihundertundfünfzig), andererseits der Jugend der aufgelösten Verbände ein Obdach zu geben versuchte. Tatsächlich vereinigte die Jung-Urania das gesamte DJ und die Jungmädelschaft von Wien in ihren Gruppen. Es gelang mir, sie im letzten Fahren bis in den Sommer 1937 hinein zu decken. Dann kam das Verbot. Jetzt ist sie in die HJ aufgegangen. -

Meiner Ehe sind zwei Kinder entsprossen, ein Mädchen und ein Bub.



## Schlüsseldokumente zu Karl Lueger

---

### **Anhang, Seite 54**

Auszug der 361. Sitzung des Abgeordnetenhauses, Fortsetzung aus dem Abendblatte, in der „Neuen Freien Presse“, 29.03.1895.

*(Quelle: Neue Freie Presse, Nr. 10.989, 4)*

### **Anhang, Seite 55**

Auszug aus dem Stenographischen Protokoll, Haus der Abgeordneten, 44. Sitzung der XVIII. Session, 05.12.1907.

*(Quelle: Stenographisches Protokoll, Haus der Abgeordneten, 44. Sitzung der XVIII. Session, 05.12.1907, 2.996-2.998)*

### **Anhang, Seite 56-67**

Auszug aus dem Stenographischen Protokoll, Haus der Abgeordneten, 364. Sitzung der X. Session, 13.02.1890.

*(Quelle: Stenographisches Protokoll, Haus der Abgeordneten, 364. Sitzung der X. Session, 13.02.1890, 13.384-13.393)*



seitens des Abgeordneten Dr. Sommer.) Ich habe Sie nicht unterbrochen, Herr Professor Sommer, haben Sie die Güte, auch mir gegenüber den parlamentarischen Anstand zu wahren. (Beifall) . . . daß die Bauern heute, sagen wir, in die Messe gehen und morgen einen Meineid schwören. Ein Mitglied unserer Partei hat diese Anschuldigung bereits zurückgewiesen.

Es war dies ein Bauer und ich sage ihm herzlich Dank dafür. (Beifall.) Nun aber hat der Herr Professor Sommer die Sache so dargestellt, als ob er nicht die Bauernschaft, sondern die Christlichsoziale Partei gemeint hätte. (Hört! Hört!)

Nun lassen Sie sich, Herr Professor Sommer, sagen, daß die ganze Bauernschaft Niederösterreichs, Tirols, Salzburgs und Steiermarks hinter unserer Partei steht. (Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Sommer. — Unruhe.) Das ist kaum glaublich!

Ich bitte, Herr Präsident, geben Sie doch endlich einmal dem Menschen die Lehre, daß er sich hier im Hause anständig zu benehmen hat. (Zwischenrufe und Unruhe.)

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter Dr. Queger (fortfahrend): Also ich sehe ganz davon ab, daß der Herr Professor Sommer sich mir gegenüber auch nicht so benommen haben soll, wie es sich vielleicht denn doch gebären würde.

Er hat erklärt, daß ich ein ungebildeter Mensch oder ein wenig gebildeter Mensch sei. Das soll in einer seiner Zeitungen gestanden sein.

Herr Professor Sommer, ein Bürgermeister, der die Stadt Wien so emporgebracht hat, der die Einrichtungen der Wissenschaft . . . (Gelächter und Zwischenrufe. — Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

**Präsident:** Aber ich bitte doch um Ruhe!

Abgeordneter Dr. Queger (fortfahrend): . . . der die Stadt Wien so emporgebracht hat, der für alle Bedürfnisse der Wiener Bevölkerung so vorsorgt wie der Bürgermeister Dr. Queger, kann es, was Bildung betrifft, mit dem Professor Sommer ruhig aufnehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)

**Präsident:** Aber ich bitte doch endlich um Ruhe!

Abgeordneter Dr. Queger (fortfahrend): Überhaupt glaube ich, kann ich jetzt den Herrn Professor Sommer links liegen lassen und ich wende mich zu dem Gegenstande, der jetzt Gegenstand der Debatte in diesem Hause ist.

Meine sehr geehrten Herren! Die „Neue Freie Presse“ hat den Sinn meiner Rede, die ich auf dem Katholikentage gehalten habe, sofort erkannt. Sie hat gewußt, daß sie gegen die jetzt auf den Universitäten beinahe übermächtig herrschende Judenchaft gerichtet ist. (So ist es!) Darum ist der Rosenstockstoß erfolgt und auf einmal erfolgte der Anmarsch der ganzen judenliberalen Armee, zu der ich auch den Herrn Professor rechne. (So ist es!)

Meine sehr geehrten Herren! Es sind alle erschienen, um gegen mich Front zu machen. Zuerst die Herren Professoren, welche die Güte gehabt haben, sich für die Freiheit der Forschung, für die sogenannten voraussetzungslosen Wissenschaften einzusetzen.

Meine Herren! Ich habe von diesen beiden Dingen auf dem Katholikentage gar nichts geworben. Die Herren Professoren hatten meine Rede gar nicht gelesen, sondern einfach das geglaubt, was in der „Neuen Freien Presse“ steht. (So ist es!)

Ich war genötigt, die geehrten Herren über ihren Irrtum aufzuklären und auf einmal ist die Sache gedreht worden, es hat sich nicht mehr bei den Professoren so recht um die freie Forschung und um die voraussetzungslosen Wissenschaften gehandelt, sondern auf einmal ist es dazu gekommen, daß man gesagt hat: Ja, der Satz, daß die Universität eine Stätte des Umsturzes, der revolutionären Umtriebe, der Vaterlandslosigkeit sei, das sei das eigentliche, das die Universität beleidigt hätte.

Ich will heute gerade auf diesen Punkt nicht näher eingehen (Rufe: Warum denn nicht?), weil ich mit meinen geehrten Herren Kollegen, welche dem deutschen Volke angehören, nicht polemisieren will. (Beifall und Zwischenrufe.)

Aber, meine Herren, ich halte den Satz Wort für Wort, Silbe für Silbe, Buchstaben für Buchstaben aufrecht und jeder, der die Verhältnisse an der Wiener Universität oder vielleicht auch an der Grazer Universität kennt, der wird mir vollständig recht geben. (Beifall und Zwischenrufe seitens des Abgeordneten Wolf.)

Nun, meine Herren, es hat mich nicht gewundert, daß die von mir erwähnten Personen gegen mich losgegangen sind. Aber darüber habe ich mich doch im ersten Augenblick gewundert, was ich denn eigentlich dem Professor Masaryk angetan habe. Ich habe nachstudiert, ob ich ihn in meiner freien Forschung gehindert habe, ich habe auch meine Kollegen im Klub gefragt: Ja, sagen Sie, haben Sie denn dem Professor Masaryk etwas getan? Haben Sie ihn in seinen Forschungen gestört? Ich erhielt überall eine verneinende Antwort.

Der Professor Masaryk blieb von uns ganz ungeschoren. Und auf einmal hat er eine so juchbare Angst vor der christlichsozialen Partei, daß er sogar dem Minister zürst: Um Gottes willen, Minister! Schütze die Universität — und da denkt er auch an sich — vor der christlichsozialen Partei!

Ja, sagen Sie uns, meine Herren, warum hat Professor Masaryk eine solche riesige Angst? Seine wissenschaftlichen Werke mögen ja von Bedeutung sein, darüber kann ich heute nicht streiten und es ist auch nicht meine Sache, darüber zu urteilen. Aber wenn man über etwas nachdenkt, kommt man mit der Zeit darauf.

Der Herr Professor Masaryk forcht nach der Unschuld des Hilsner, meine sehr geehrten Herren, und er fürchtet, daß die christlichsoziale Partei ihn in diesen Forchtungen hört. Vielleicht ist er beruhigt, wenn ich hier erkläre: Er kann nach der Unschuld Hilsners forschenden, so lange er will, so oft er will, so viel er will. Wir werden ihn in diesen seinen Bemühungen gewiß nicht stören. Vielleicht findet er auch das vergossene Blut des unschuldigen Opfers und das wird uns dann um so mehr ersticken. *(Beifall.)*

Meine sehr geehrten Herren! Erlauben Sie mir, daß ich einfach auf das übergehe, womit ich auch schon dem Ende zuellen will, um die Sache nicht allzuehr auszu dehnen. Was will eigentlich die christlichsoziale Partei bezüglich der Universitäten? *(Abgeordneter Riesel: Sie beherrschen! — Heiterkeit!)* Sehr geehrte Herren! Ich bin hier der Rede eines Herrn Abgeordneten, ich glaube des Herrn Dr. Mahler, soweit ich es konnte, gefolgt. Ich habe wirklich — ich muß es erklären — mit Stannen vernommen, daß die geehrten Herren Juden Gleichberechtigung wünschen.

Ja, meine Herren, wir wünschen ja auch Gleichberechtigung. Aber wenn wir gleichberechtigt wären, dann müßten vielleicht 80 Prozent Juden, welche jetzt die Universität besuchen, dieselbe verlassen.

Meine Herren! Ist das eine Gleichberechtigung, wenn erst in jüngster Zeit unter acht ernannten Professoren sieben Juden sind? *(Zwischenrufe.)* Ich glaube, nur sieben Juden. Nennen Sie das Gleichberechtigung? Ja, wir wollen Gleichberechtigung, wir wollen, daß die Universität, die einmal dem deutschen christlichen Volke gehört hat, wieder dem deutschen christlichen Volke gehöre. *(Beifall und Handklatschen.)*

Ich kann auf die einzelnen statistischen Daten nicht näher eingehen, weil mein Auge zu schwach ist, um das alles zu lesen, aber ich verweise auf die vielen Christen, die in dieser Beziehung erschienen sind und erlaube insbesondere meine deutschen Kollegen in diesem hohen Hause, dieser Angelegenheit ihr volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. *(Bravo!)* Sie werden dann überzeugt sein, daß das, was wir wollen, etwas Berechtigtes, ja etwas Notwendiges ist.

Wir wollen zweitens die Befreiung der Universität von dem Cliquewesen *(Zustimmung)*, welches jetzt dort herrscht und die Ernennung der Professoren vollständig in der Hand hält.

Meine Herren! Es ist so, daß kein einziger, der nicht zur Clique gehört, zum Professor ernannt werden kann *(Zustimmung)*, kein einziger beinahe. Es

ist ein Wunder Gottes, wenn einer einmal auf einen Lehrstuhl gelangt. Ich kenne einen sehr berühmten Gelehrten, der längst schon hätte Professor werden sollen, und zwar an der medizinischen Fakultät, an den ein sehr hoch gestellter Beamter in Anwartschaft einer gewissen Dankbarkeit die Frage gerichtet hat: Was kann ich für Sie tun, lieber Herr Doktor?

Wissen Sie, was der ihm erwidert hat? Er hat ihm erwidert: Denken Sie, ich wäre beschnitten und handeln Sie danach. *(Heiterkeit.)* So ist die Situation in Wien beschaffen. Da wird immer von Gleichberechtigung und davon gesprochen, daß die Kirche die Universität beherrschen will.

Meine Herren! Zwei große Gelehrte gibt es, welche den besten Beweis für das liefern, was ich gesagt habe. Der eine Gelehrte ist der Professor Willroth. Wenn Sie seine Broschüre über die medizinische Fakultät lesen, so würden Sie erlaunt sein, welche Verhältnisse daselbst herrschen. Willroth wurde auch infolge dieser Broschüre längere Zeit hontortiert. *(Hört! Hört!)* Und erst, nachdem er gewisse Stellen aus der Broschüre gestrichen hatte, wurde er wieder ein großer Gelehrter und in Gnaden aufgenommen. *(Hört! Hört!)* Ein zweiter großer Zeuge für die Wahrheit dessen, was wir anstreben, ist der Rektor Hyrtl. Ich war selbst bei jener Inauguration zugegen, bei welcher Hyrtl seine berühmte Rede gehalten hat. Meine Herren! Wie ist man über den Mann hergefallen. Früher eine „Leuchte der Wissenschaft“, eine „Zierde der Universität“, wurde er nach dieser Rede in den Kot gezerzt *(Zustimmung)* und erst sehr spät oder eigentlich nie ist er begnadigt worden. Meine Herren! So wie ein Gelehrter nicht das tut, was die gewisse Clique, was die „Neue Freie Presse“ will, ist er verdammt, er kann machen, was er will. *(Lebhafter Beifall.)*

Ich bedauere sehr, daß ich Ihnen aus der Broschüre Willroths die betreffenden Stellen nicht vorlesen kann, vielleicht wird das einer nach mir besorgen; meine Augen sind zu schwach, um so etwas leisten zu können.

Endlich wünschen wir die volle Gleichberechtigung der deutschen Studenten an den Universitäten, das heißt, wir wollen, daß die katholischen Studenten ebenso behandelt werden wie die anderen uniformierten Studenten. Das wollen wir und dafür werden wir auch jederzeit eintreten. *(Beifall.)*

Das muß endlich einmal ein Ende nehmen, daß an der Universität gegen unsere katholischen Studenten nichts anderes herrscht als der Prügel, daß sie fortwährend in der unerhörtesten Weise behandelt werden. *(Abgeordneter Sturm: Während man die Juden duldet!)* Ja! Da muß Ordnung geschaffen werden, es muß endlich einmal eine Einigung, und zwar im Interesse der ganzen deutschen Nation in Österreich herbeigeführt werden *(Beifall)*, denn wenn das so fortgeht, dann, meine Herren, wird die deutsche Nation in Österreich speziell auf den Universitäten herab-

sinken zum Gespötte aller anderen Nationen, insbesondere zum Gespötte des Judentums. Und nun verurteilen Sie mich, wenn Sie es überhaupt zu tun im Stande sind. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)

**Präsident:** Die Herren Abgeordneten Pernert, Horster, Annicki, Némec, Pittoni, Witky und Genossen haben folgenden Antrag gestellt (liest):

„Das Abgeordnetenhaus wolle dem folgenden Gesetzesentwurf seine Zustimmung erteilen:

„Gesetz

von . . . . .

womit die Ausscheidung der theologischen Fakultäten von den Universitäten, die Aufhebung der theologischen Seminarien und die Erklärung der theologischen Lehranstalten als private Unterrichtsanstalten verfügt wird.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

### § 1.

Die theologischen Abteilungen (Fakultäten) der Universitäten und die selbständigen theologischen Fakultäten werden aufgehoben.

### § 2.

Theologische Lehranstalten sind als private Unterrichtsanstalten anzusehen.

Die Gesetze und Verordnungen, betreffend die Organisation der bisherigen theologischen Fakultäten und das theologische Studium, finden auf sie keine Anwendung.

### § 3.

Der theologische Doktorgrad kann nicht mehr erworben werden. Die Bestimmungen über die Erlangung des theologischen Doktorgrades und über die Akkreditation ausländischer, insbesondere an den päpstlichen Universitäten und Kollegien in Rom erworbener theologischer Doktordiplome treten außer Kraft.

### § 4.

Der § 30 des Gesetzes vom 7. Mai 1874, R. R. Bl. Nr. 50, und der § 26 des Gesetzes vom 27. April 1873, R. G. Bl. Nr. 63, werden aufgehoben.

### § 5.

Mit der Vollziehung dieses Gesetzes wird der Minister für Kultus und Unterricht beauftragt.“

Diese Gesetzesvorlage ist einem zu wählenden Unterrichtsausschusse zur Vorberatung und Berichterstattung zugewiesen.“

Der Antrag ist mit mehr als 20 Unterschriften versehen, daher genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Die Herren Abgeordneten Dr. Drerel und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht:

„Die Regierung wird aufgefordert, dem hohen Hause Garantien zu geben, daß sie die staatsgrundgesetzlich gewährleistete Lehr- und Lernfreiheit, die Freiheit der Wissenschaft, die Glaubens- und Gewissensfreiheit gegen alle parteipolitischen Angriffe schützen werde.“

Auch dieser Antrag ist mit mehr als 20 Unterschriften versehen, daher genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Drtina.

Abgeordneter Dr. Drtina: Hohes Haus! Ich begrüße es mit aufrichtiger Freude und Genugtuung, daß die Debatte gestern abends auf ein höheres Niveau erhoben wurde, als auf dem sie anfangs stand, und daß an dieser Erhöhung des Niveaus der Debatte auch die heutige Rede des verehrten Herrn Bürgermeisters Dr. Lueger nichts verborben hat. Ich muß auf diese Rede gleich anfangs zurückkommen: die Gründe, welche der Herr Bürgermeister Dr. Lueger für seine Behauptung gegen die Universitäten vorbracht hat, werde ich erst später besprechen.

Ich muß nun eine eigentümliche Erscheinung konstatieren. Es scheint mir, als ob Herr Dr. Lueger über den Antisemitismus und über den christlichen Sozialismus, wie er hier in Wien gepflogen wird, eine Grabrede gehalten hätte. Er ist dem Kerne der Frage ganz ausgewichen, er hat es vermieden, in das Meritum der Sache einzugehen, über seine Anschuldigungen einige Worte zu verlieren. Er wagte es nicht, sie zu begründen, er sagte ganz einfach: Ich halte sie anrecht. Dagegen gab er uns einzelne andere Gedankenperlen zum besten, besonders über seine Verdienste um Wien, die wohl niemand in diesem Hause leugnet, dann über seine Hülfsner-Studien, die erwahrlich sehr liebgewonnen hat, dann einige Verdächtigungen über die Professorencliquen, etwas wollte er aus der Broschüre Villroths vorlesen und dann versuchte er es, die Gleichberechtigung der katholischen Studierenden mit den übrigen an der Wiener Universität in Schutz zu nehmen. Es ist eigentümlich, daß er über die Gleichberechtigung in nationaler Hinsicht, über die Gleichberechtigung der slawischen Studierenden an der Wiener Universität, die doch eine Reichsuniversität ist, kein Wort verloren hat. (Beifall.)

Ich übergehe nun zum eigentlichen Gegenstande unserer Debatte. Ich muß hierbei vor allem dem

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Naberger beantragt Schluss der Debatte. Seine Herren, welche dafür sind, wollen sich erheben. (*Gezischt.*) Schluss der Debatte ist angenommen.

Es werden demnach einerseits die Herren Abgeordneten Dr. Lueger, Kaiser, Riepl, Krukrantz, Eichhorn, Dr. Ebenhoch, Bergani, Turt, Kattenegger, Hagenhofer, Rogl, Doblhammer, Kaiser, Dr. Pattai, Wenger, Rosnjak und Rehetmayer und anderseits die Herren Abgeordneten Dr. Weisslof, Dr. Jaques, Dr. Wenger und Popper je einen Generalredner wählen.

(*Nach einer Pause:*)

Zum Generalredner contra wurde der Herr Abgeordnete Dr. Lueger, zum Generalredner pro der Herr Abgeordnete Dr. Weisslof gewählt.

Bevor ich jedoch dem Herrn Abgeordneten Dr. Lueger das Wort ertheile, bitte ich die Stimmzettel für die Wahl eines Ausschusses von 24 Mitgliedern über den Antrag des Abgeordneten Bergani und Genossen, betreffend die Vorlage eines Gesetzes bezüglich der unbefristeten Gewinne von österreichisch-ungarischen Losen und verlosbaren Wertpapieren abzugeben.

(*Nach Abgabe der Stimmzettel:*)

Das Ergebnis der vorgenommenen Wahl werde ich im Laufe der Sitzung bekannt geben.

Zum Worte gelangt nun der Herr Abgeordnete Dr. Lueger; ich ertheile ihm dasselbe.

**Abgeordneter Dr. Lueger:** Meine Herren! Als ich zum erstenmale den Entwurf des Gesetzes wegen Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der jüdischen Religionsgenossenschaft gelesen habe, hätte ich mir nicht im Traume einfallen lassen, dass ich gerade zu diesem Gesetze in diesem hohen Hause das Wort ergreifen werde. Mir ist es, aufrichtig gesagt, vollständig gleichgültig, ob die Rabbiner mehr oder weniger oder gar nichts gelernt haben; das kümmert mich nicht im geringsten, das geht ausschließlich die Juden an. In fremde Angelegenheiten pflege ich mich nicht hineinmischen.

Da geschah es dem Herrn Professor Zucker, in seiner Philippika gegen den Antisemitismus auch die christlich-social Partei zu streifen und es derselben als sacrileges Vergehen gegen die Lehren der katholischen Religion anzurechnen, dass sie entweder direct dem sogenannten Rassenantisemitismus huldigt, oder doch wenigstens mit der Partei geht, welche den Rassenantisemitismus als einzig richtige Auffassung des Antisemitismus anerkennt.

Da ich einer der wenigen Vertreter der christlich-socialen Partei bin, so erwacht mir hiedurch die Pflicht, meine Partei hier zu vertheidigen, und ich bitte die Herren beinahe um Verzeihung, dass ich in dieser Angelegenheit das Wort ergreifen muß.

Bevor ich zum eigentlichen Thema übergehe, erlaube ich mir auch einige Bemerkungen zur Sache selbst. Als mir der Bericht des Ausschusses zugestellt wurde, machte ich die merkwürdige Entdeckung, dass das Gesetz von Seiten der hohen Regierung betitelt wurde: „Gesetz zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der jüdischen Religionsgenossenschaften“, dass in dem Gesetzentwurfe immer von Juden gesprochen wird, während in dem Entwurfe, beziehungsweise in dem Beschlusse des Herrenhauses die Worte „jüdische Religionsgenossenschaften“ in die Worte „israelitische Religionsgesellschaft“, das Wort „Jude“ in das Wort „Israelit“ umgeändert worden ist.

Ich mußte mich fragen: warum geschieht denn das? Etwas weiß ich doch noch aus dem alten Testamente, und da weiß ich auch, dass das ehemalige vereinigte Reich sich nach dem Tode des Königs Salomo in zwei Reiche getheilt hat, in das Königreich Juda und das Königreich Israel, und ich weiß auch, dass vor einiger Zeit die Juden mit allem Eifer danach gesucht haben, die Israeliten wieder zu entbeden, denn dieselben sind in Verlust gerathen.

Es ist nicht gelungen, die Israeliten zu entbeden, Gott sei Dank. Und trotzdem statt des Wortes „jüdisch“, das allein das richtige ist, das Wort „israelitisch“!

Ich frage mich warum? Und ich glaube vielleicht das Richtige zu treffen, wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, dass das Wort „jüdisch“ in das Wort „israelitisch“ und das Wort „Jude“ in das Wort „Israelit“ deswegen umgeändert worden ist, weil das Wort „israelitisch“ etwas nobler und etwas feiner klingt (*Sehr richtig! auf der äußersten Linken*), und weil vielleicht die Juden sich schämen, Juden zu sein und lieber Israeliten sein wollen. Mir ist es vollständig gleichgültig, ob das eine oder das andere Wort darin steht. Jude bleibt Jude, ob er sich Jude oder Israelit nennt. (*Zustimmung auf der äußersten Linken.*) Aber das eine erlaube ich mir zu bemerken, dass wenigstens ich mehr Achtung vor dem Juden habe, welcher sich nicht schämt, Jude zu sein.

In zweiter Richtung ist in mir ein Gefühl des Neides wachgerufen worden, und zwar über das hohe Maß von Autonomie, welches der jüdischen Religionsgenossenschaft in diesem Gesetzentwurfe zutheil wird. Sie ist vollständig frei in der Wahl des Vorstandes, vollständig frei in der Wahl des Rabbiners; der Einfluss des Staates ist ein minimaler, beschränkt auf das Betorecht, welches gar keine Bedeutung hat.

Ich habe mit dieser Autonomie der jüdischen Religionsgenossenschaft verglichen die Stellung der katholischen Kirche in Österreich und ich muß gestehen, wenn man in Betracht zieht, dass ein Cooperator von Wien einfach deswegen verhaftet wurde, weil er in einer Vereinsversammlung die Thatsache erwähnte, dass im katholischen Lande Niederösterreich ein Protestant als

Statthalter ernannt wurde, so muß man sagen, die katholische Kirche ist gekränkt gegenüber den Vorrechten, welche der jüdischen Religionsgenossenschaft in diesem neuen Gesetze zuteil werden.

Ich habe bereits eingangs erwähnt, daß ich mich in den Streit der Juden selbst, in den Streit zwischen Orthodoxen- und Reformjuden nicht einmische, das eine sage ich aber, ich bin für den Gesetzentwurf, insofern als alle Juden unter eine Haube gebracht, beziehungsweise in einer Gemeinde vereinigt werden, und ich bin deswegen dafür, weil ich der Meinung bin, daß infolge dieses Zusammenschließens der Gegensatz zwischen reichen und armen Juden mit umso größerer Schnelligkeit und Deutlichkeit hervortreten wird und mit der Zeit die armen Juden begreifen werden, daß sie es nicht notwendig haben, das Kanonensutter für die reichen Juden abzugeben. Ich werde in dieser meiner Anschauung noch durch die Äußerung des geehrten Herrn Redners aus Galizien, wenn ich nicht irre, bekräftigt, welcher in der letzten Sitzung gesprochen hat. Aber noch ein anderer Punkt bestimmt mich dazu.

Als unlängst die Wahl der israelitischen Kultusgemeinde in Wien stattgefunden hat, da hat es einen Kampf gegeben zwischen reichen und armen Juden und in der Wählerversammlung, in welcher beide Parteien aufeinanderstießen, haben die Wortführer der reichen Juden den armen Juden den Vorwurf gemacht, daß sie den Antisemitismus in die israelitische Kultusgemeinde von Wien verpflanzt haben. Viele charakteristische Thatsache beweist, daß der reiche Jude, der jetzt herrschende Jude, sich vollständig identifiziert mit dem Großcapital und daß Antisemitismus gleichbedeutend ist mit dem Kampfe gegen das alles überwuchernde, alles erdrückende und alles verderbende Großcapital. (*Bravo! auf der äußersten Linken.*)

Aber etwas vermissen ich in dem Gesetze. Ich vermissen eine Bestimmung, welche Beförderung darüber entscheidet, wer Mitglied einer jüdischen Religionsgenossenschaft sein soll. Die Herren werden sagen: das ist sehr einfach, wer ein Jude ist und in dem betreffenden Territorium wohnt, ist Mitglied der israelitischen Kultusgemeinde. Die Sache ist nicht so einfach, wie Sie aus Folgendem entnehmen werden.

Vor einigen Jahren scheint die israelitische Kultusgemeinde in Wien entdeckt zu haben, daß die Zahl der ihr angehörigen Mitglieder mit der Zahl der wirklich in Wien lebenden Juden nicht übereinstimmt. Die Herren Vorstände der Kultusgemeinde haben sich offenbar gesagt, ja in Wien gibt es doch Juden wie Sand am Meere, wohin man geht, nichts als Juden, geht man ins Theater, nichts als Juden, geht man auf die Ringstraße, nichts als Juden, geht man in den Stadtpark, nichts als Juden, geht man in das Concert, nichts als Juden, geht man auf den Ball, nichts als Juden, geht man auf die Universität, wieder nichts als Juden und dennoch sind nur so wenige

Mitglieder der israelitischen Kultusgemeinde in Wien. Da haben sie sich offenbar gedacht, daß es doch einige Juden geben möchte, welche sich nicht zu erkennen geben, wenn es sich um das Zahlen für die israelitische Kultusgemeinde handelt. Da haben sie sich gedacht: Na warte, wir werden Euch schon ertwichen. Und da haben sie sich hingelegt, die Weisen der israelitischen Kultusgemeinde, haben das Lehnamische Schmar zur Hand genommen und alle herausgeschrieben, welche das Wissen haben, einen zoologischen, botanischen, mineralogischen oder geographischen Namen zu haben (*Heiterkeit auf der äußersten Linken*), und diese haben sie mit ihren Mitgliedern verglichen und wenn sie einen gefunden haben, der nicht Mitglied war, so haben sie ihm den Zahlungsauftrag wegen Leistung der Beiträge für die Kultusgemeinde zugesandt. Sie und da sind sie doch auf einen Unredlichen gestoßen, der kein Jude war, und der hat sich trotz der Staatsgrundgesetze mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, daß er ein Jude sei und das hat ziemliches Aufsehen erregt. Die Kultusgemeinde in Wien scheint denn auch seither dieses Räuberei nicht wiederholt zu haben, aber es sagt selbst ein großer jüdischer Gelehrter: Was ichon einmal da war, kann wieder einmal kommen und so bin ich der Meinung, daß es zweckmäßig wäre, durch eine Bestimmung im Gesetze einem solchen Vorgehen vorzubeugen.

Ich bin zwar überzeugt, daß zum Beispiel Seine Excellenz der Herr Unterrichtsminister auf Grund der staatsgrundgesetzlichen Befühle vielleicht errentet sein wird, wenn er einen solchen Zahlungsauftrag von Seite der Kultusgemeinde bekommt (*Heiterkeit*); aber es gibt auch andere Leute, die noch so mittelalterlich gefinnt sind und keine Juden sein, sondern eben Christen bleiben wollen. Es ist zwar traurig, daß es noch nicht so weit gekommen ist, wie die Herren es wünschen, aber es ist einmal so und so müssen wir noch damit rechnen.

Nun komme ich zu jenem Theile meiner Ausführungen, welche eigentlich nicht mit dem vorliegenden Gesetzentwurfe im Zusammenhange stehen, also nicht zur Sache gehören, allein ich hoffe, daß von Seite des geehrten Herrn Vorstehenden mir gegenüber das gleiche Maß der Redefreiheit angewendet werden wird, welches dem Herrn Professor Dr. Ruder und dem Rabbi Bloch und anderen Personen, welche für das Judenthum gesprochen haben, eingeräumt wurde.

Ich finde es erklärlich, daß die Juden sich besonders schmerzhaft berührt fühlen durch die Grichichte des sogenannten Blutrituals oder des Blutgeheimnisses oder der Mummifierien und daher alles davon jagen, um eine vorhandene Thatsache entweder abzuleugnen, oder in anderem Lichte erscheinen zu lassen, aber ich glaube, daß gerade hier sich der alte Satz bewährt: „Wer zu viel beweist, der beweist eigentlich nichts“. Sowohl der Herr Professor Dr. Ruder, als

auch der Herr Rabbi Bloch haben eine ganz unglaubliche Menge von Gelschraukheit zuzusammengetragen, sie haben eine Menge christlicher Gelschraukten, Päpste, Bischöfe, Professoren, Universitäten, kurz, was es gibt, heraufbeischworen, um darzutun, daß die Beschuldigung des Blutrinnuals unwahr, eine unverschämte Lüge ist. Nun, meine Herren, ich will auf alles dies, was da gesprochen wurde, wenigstens auf die Aussprüche der Gelschraukten u. i. w. nicht näher eingehen, nur bezüglich des Schwures, den der Herr Domprediger Dr. Reith auf der Kanzel zu St. Stefan geleistet haben soll, erlaube ich mir Folgendes zu bemerken:

Wie ich dem Herrn Professor Dr. Zucke zugehört habe, hat er gesagt, daß Dr. Reith den Schwur mit dem Pacificale in der Hand geleistet haben soll; in dem stenographischen Berichte habe ich wieder gelesen, daß er den Schwur mit dem Pontificale in der Hand geleistet haben soll. Ob es nun so oder so ist, es ist so und so nicht richtig, denn der Priester unserer Religion geht weder mit dem Pacificale noch mit dem Pontificale auf die Kanzel, er erhebt dort weder das Pacificale noch das Pontificale.

Das Pontificale ist ein Buch für den Cultus der Bischöfe und Prälaten, dies ist ein sehr großes Buch und um das zu erheben, braucht man beide Hände, da müßte er es so (*ein Buch mit beiden Händen erhehend*) emporgehoben und den Eid geleistet haben. Dies ist also schon an und für sich unmöglich. Ich mache daraus selbstverständlich den Herren keinen Vorwurf, sie können es ja nicht wissen, sie glauben eben das, was gedruckt worden ist und woran sie es entnommen haben. Die Sache ist aber auch noch aus einem anderen Grunde falsch. Ich hätte es gar nicht gewagt, die Kirchenzeitung zu lesen, aber nachdem der geehrte Herr Rabbi Bloch selbst die Kirchenzeitung als Autorität citirt hat, wird er wohl auch einem Christen gestatten, wenn er die Kirchenzeitung lie und da in solchen Punkten zu Rathe zieht. Nun, in dem Jahrgange 1854 und 1856 der Wiener Kirchenzeitung wird der Herr Abgeordnete Professor Zucke und wird auch der Herr Rabbi Bloch finden, daß die Geschichte von dem Schwur, den der Domherr Reith geleistet haben soll, als eine Unwahrheit erklärt wird. (*Hört! Hört! auf der äußersten Linken.*) Domprediger Reith war damals Mitarbeiter der Wiener Kirchenzeitung. (*Hört! Hört! auf der äußersten Linken.*) Diese Erklärung ist mit seiner Zustimmung, mit seinem Einverständnis erfolgt. Es wird ausdrücklich in einer Notiz davon gesprochen: *Imn Glau lebt der Domherr Reith noch, so daß er in der Lage ist, dies richtigzustellen u. i. f.*

Noch weiter! Die Neben des Dr. Reith sind alle gedruckt und ich erinere Herrn Professor Zucke, ich erinere Herrn Rabbi Bloch, nachzugehen, wo denn eigentlich sich diese Stelle findet. Die Geschichte von dem angeblichen Eide des Domherrn Reith ist unwahr, eine Mythisation. Ich will niemand beschuldigen, aber mir hat man gesagt, daß zu dem alten

Bruder des Dr. Reith — er war im 90. Lebensjahre wenn ich nicht irre — speciell Mitglieder des Vorstandes der israelitischen Cultusgemeinde gekommen sind. (*Hört! Hört! auf der äußersten Linken.*) Wenn man weiß, wie energisch die Juden, wenn sie etwas erreichen wollen, vortugehen pflegen, werden Sie mir wohl zugeben, daß ich recht habe, daß ich lieber den gedruckten Neben des Dompredigers Reith glaube, als dem, was ein neunzigjähriger Mann unter der Pression einer Anzahl von Personen niederschreibt.

Die geehrten Herren haben sich auch auf die heilige Schrift berufen. Was haben sie mit all dem bewiesen? Nichts anderes als das, was jeder von uns weiß, was nie bestritten wird und dessen Gegenheil auch nie jemand behaupten wird. Sie haben damit Folgendes bewiesen: daß derjenige Jude, welcher nach dem Geheße Moses lebt, Christen nicht schädelt und Christenblut nicht zu rituellen Zwecken gebraucht. Das haben sie bewiesen. Das wird aber nie und nimmer behauptet.

Ich appellire an die Kenntnis der geehrten Herren; sie sollen sagen, ob ich unrecht habe, wenn ich sage, daß die Juden zur Zeit Christi Geburt, vorher und später wenigstens sehr häufig nicht nach dem Geheße Moses gelebt haben. Ich werde Ihnen einzelne Stellen aus den Propheten Jesajas und Jeremias vorlesen (*Heiterkeit*), aus welchen hervorgeht, wie die Propheten über diese Juden denken, wie sich die Juden aufgeführt haben. (*Abgeordneter Niegl: Bravo!*) Es kommt vor, daß die Juden Blut entgegen ihrem Verbote gebraucht, beziehungsweise sich mit Blut besetzt haben. Was früher geschah, kann das nicht auch jetzt geschehen? Wie wollen Sie Thatsachen ablesen, die meiner Überzeugung nach unwiderleglichst dargelegt und erwiesen sind? Ich muß gestehen, hochgeehrte Herren, daß ich glaube, daß von Seite der Judenthümlichkeit da nicht richtig vorgegangen wird. Statt ruhig zuzusehen: dies und jenes geschah, ja; aber derjenige, der es gethan, handelte gegen die Gesetze der Religion, ist schuldig und auch von uns verdammt — statt dessen nimmt die ganze Judenthümlichkeit, wenn ein solcher Fall vorkommt, sofort für den angeschuldigten Mörder Partei (*Sehr richtig! auf der äußersten Linken*). Sucht ihn mit allen Mitteln, trotz der eclantesten Beweise freizubringen, ja, stellt den Mörder als Märtyrer hin. Ich appellire an Sie, muß da nicht in der Christenheit der Gedanke wachgerufen werden, ob nicht denn doch an dem Blutrinnuale etwas wäre? Ich glaube es nicht, aber ihr Treiben, meine Herren, das Vorgehen der Judenthümlichkeit ist ein solches, welches einen solchen Glauben erregen kann.

Ich erinnere an die Geschichte des Mordes von Damaskus. Es ist unglaublich, was da Sir Moses Montefiore getrieben hat. Es lag das Geständnis der Mörder vor. Aber nein, das sind unschuldige Leute, und höchstwahrscheinlich ist Vater Thomas ein schuldiger Mann, der sich hat ermorben lassen und unschuldig

Juden in schlechtes Gerbere gebracht hat. *(Heiterkeit auf der äußersten Linken).*

Das ist zweifellos, und wenn der österreichische Consul citirt worden ist, so bitte ich zu lesen, was über den österreichischen Consul gesagt worden ist. Ich bitte zu lesen, wieviel Geld die Juden nach Damaskus mitgenommen haben, und es soll Sir Moses Montefiore Rechnung darüber legen, was er mit dem vielen Gelde gemacht hat. Ich erinnere an den Fall von Tisza-Eszlar. *(Gelächter — Zischen auf der Gallerie.)* Sie lachen, meine Herren, es war ja nicht ein Christ, der die Beischuldigung erhoben hat, es war ja nicht ein Antisemit. *(Abgeordneter fragt: Sehr richtig!)* Wissen Sie, wer als Zeuge aufgetreten ist? Der eigene Sohn des Mörders, also auch ein Jude, ist als Zeuge aufgetreten. *(Zischen auf der Gallerie.)* Und gegenüber einem solchen Beweise wollen Sie leugnen? In ganz Ungarn existirt vielleicht nicht ein Mensch, der nicht schwören würde, daß der Angeklagte der Mörder der armen Esther gewesen ist. Und auch die Juden haben es gestuft, daß sie mit diesem Moses Eschaj *(Heiterkeit)* — oder wie er heißt — nicht viel Parade machen können. Denn als er sich nach dem Freispruche nach Budapest begeben hat, um mit seiner Person ein Geschäft zu machen, da haben ihn, zur Ehre der Juden muß ich es sagen, die Juden selbst aus Budapest weggebracht, und er ist mit seinem Sohne spurlos verschwunden. Ich sage es noch einmal: Nur nicht alles ableugnen, was durch unzählige Zeugnishaften bewiesen ist, sondern nur ruhig eingestehen, was ja niemand und auch die Judenthümlichkeit nicht schändet, aber sagen, die Judenthümlichkeit als solche, die Religion ist nicht schuld an der Sache.

Was mich hauptsächlich bewegt, der Angelegenheit größere Bedeutung beizulegen, das, hochgeachtete Herren, ist der unglaubliche fanatische Haß, die unersättliche Rachsucht, mit welcher die Juden ihre angeblichen oder wirklichen Feinde verfolgen.

Ich selbst habe darunter viel gelitten, ich weiß davon ein Lied zu singen, ich weiß wie einem förmlich eingetrichtert wird dasjenige, was man Antisemitismus nennt, ich weiß davon zu erzählen, wie einem förmlich aus dem Herzen gerissen wird die Liebe zur Menschheit, weil die betreffenden Personen einen in unbarmherziger und gnadenloser Weise verfolgen. Da sind Wölfe, Löwen, Panther, Leoparden, Tiger *(lebhaft Heiterkeit)* Menschen gegenüber diesen Raubthieren in Menschengestalt. *(Lebhaftes Zischen auf der Gallerie. — Rufe auf der äußersten Linken: Die Gallerie zischt!)* Sie sollen mir zischen, das geniert mich nicht. Aber nicht bloß gegen die Christen und Antisemiten richtet sich ihr fanatischer Haß und ihre Rachsucht, nein, gegen Juden selbst, gegen die ehrlichen Juden selbst richtet sich der fanatische Haß und die Rachsucht. Und lesen Sie die Geschichte des alten Testaments, so werden Sie finden, daß die Juden ihre Propheten ins Gefängnis geworfen haben.

Lesen Sie die Geschichte der neuesten Zeit, so werden Sie Beispiele finden, daß derjenige Jude, der nicht mit dem Großcapital geht, sondern dagegen auftritt, von seinen Stammes- und Religionsgenossen in der inhumansten Weise geschändet wird.

Die Antisemiten bedürftigen nicht des Blutrituals zum Kampfe wider die Juden, nein, wenn wir diesen rechtfertigen wollen, so genügt uns das zu sagen, was die Propheten Jesajas und Jeremias über die Juden gesagt haben. Wenn jetzt einer so unvorsichtig wäre zu sagen, was damals diese Propheten über die Juden gesagt haben, wissen Sie was geschehen würde? Er würde sofort vom Staatsanwalte nach § 302 St. G. angeklagt *(Heiterkeit)* und mindestens zu drei Monaten strengen Arrests verurtheilt werden, weil er es gewagt hat, gegen die jüdische Religionsgesellschaft aufzureizen.

Was sagt nun Jesajas? Man muß das den Herren ins Gedächtnis rufen, weil sie sich so schön machen. Er sagt *(liest)*: „O das jüdische Volk! Das Volk beladen mit Frevel! Der Same von Übelthätern! Grundverdorrene Kinder! Verlassen haben sie Jehova, gelästert den Heiligen Israels, und den Mäthen zugelehrt.“ Und weiter *(liest)*: „Nichts Gesundes ist mehr da, vom Knie bis zum Schenkel; nur Quetschung und Striemen und frische Wunden, die noch nicht ausgeheilt, noch nicht verbunden, noch nicht mit Öl erweicht sind.“

Er sagt weiter *(liest)*: „Hätte nicht Jehova Zebaoth uns noch einen Überrest gelassen, wie wenig fehlte, so wären wir wie Sodom und Gomorrha gleich geworden. Höret, Fürsten Sodoms, Jehovas Ausspruch an! Vernimm Gomorrhas Volk unseres Gottes Gesetz!“

So, meine Herren, spricht Prophet Jesajas.

Weiter sagt er an einer anderen Stelle *(liest)*: „Wäget ihr auch eure Hände ausstrecken, ich schließe meine Augen vor euch zu; ja, betet ihr auch noch so viel, so gebe ich kein Gehör; eure Hände sind voll Blut!“

Es heißt dann weiters *(liest)*: „Wenn ihr willig seid und folgsam, so solltet ihr des Landes Blick genießen. Folgt ihr aber nicht und seid ihr widerspenstig, so werdet ihr vom Schwerte verzehrt werden.“

An einer anderen Stelle sagt der nämliche Prophet abermals *(liest)*: „Denn eure Hände sind mit Blut besetzt, mit Unrecht eure Finger; eure Rippen reden Lügen und eure Zunge spricht Frevel.“ *(Heiterkeit auf der äußersten Linken.)* „Sie brüten Basiliskeneier aus, sie weben Spinnweben. Wer von ihren Eiern ist, der stirbt. Und wenn man eine zerdrückt, so kommt eine Schlange heraus.“ *(Heiterkeit auf der äußersten Linken.)*

An einer anderen Stelle heißt es *(liest)*: „Durchgeht die Straßen Jerusalems, sehet euch doch um und überzeugt euch, forscht genau auf ihren Plätzen nach, ob ihr auch wohl einen antreffet, der rechtschaffen

handelt und sich der Wahrheit befeilet, so will ich ihr vergehen.

Wenn sie schon schwören: So wahr Jehova lebt, so schwören sie doch falsch. Jehova! Deine Augen sehen fürwahr nur auf Wahrheit. Du züchtigt sie, aber sie fühlen es nicht; du reißt sie an, doch weigern sie sich, Buße anzunehmen; härter als ein Fels ist ihre Stirn! Sie wollen sich nicht bekehren.“

Und Jeremia sprach zu einer anderen Stelle und die ist sehr wichtig (*Hier!*): „Wenn ihr aber eure Wege und eure Handlungen bessert und thut einer gegen den andern was recht ist“ — und jetzt bitte ich zu beachten, daß auch das Ausländergezeß, das Fremdengezeß, nicht befolgt wurde — „wenn ihr Ausländer, Waisen und Witwen nicht unterdrückt, unschuldiges Blut nicht vergießet an diesem Orte und fremden Göttern nicht nachlauset zu eurem eigenen Unglück, so will ich euch an diesem Orte, in dem Lande, welches ich euren Vätern gegeben habe, immer und ewig wohnen lassen. Aber ihr verlaßt euch auf trüglige Reden, die nichts nützen. Stiehlt ihr nicht? Mordet ihr nicht? Brecht ihr nicht die Ehe? Schwörtet ihr nicht falsch? Bringt ihr dem Baal kein Räucherwerk? Kaufet ihr andern Göttern, die ihr nicht kennt, nach?“ u. s. w.

Auch in anderen Propheten gibt es unzählige Stellen, die dasjenige bestätigen, was ich Ihnen gesagt habe.

Der Herr Professor Zuder hat sich den Kopf darüber zerbrochen, worin denn eigentlich der Grund des Antisemitismus gelegen ist, und er findet ihn in dem religiösen Hass einerseits, anderseits in dem sogenannten Rassengefühle.

Nun, ich möchte glauben, daß Herr Professor Dr. Zuder bei der Untersuchung einen unrichtigen Weg eingeschlagen hat, denn wenn er die Ursachen des Antisemitismus kennen will, dann darf er sie wahrlich nicht bei den Christen, er muß sie leider bei seinen Glaubens- und Stammesgenossen suchen. Er hat hier und da, was ich gerne zugebe, in dieser Beziehung selbst anerkannt, daß eine gewisse Berechtigung vorliegt. Ich muß gestehen, daß ich selten aus dem Munde eines Juden eine solche Rede gehört habe, aber es ist doch beinahe nicht dasjenige, was wirklich wahr ist.

Die Haupterzeugerin des Antisemitismus war die sogenannte jüdenliberale Presse (*Sehr richtig! auf der äußersten Linken*), die Verworfenheit derselben, ihr verderblicher Einfluß und ihr ungeheurer Terrorismus (*Sehr richtig! auf der äußersten Linken*) mußte in dem Maße, welches noch nicht ganz vollkommen ist, eine Bewegung dagegen erzeugen. Meine Herren! Ich kann ja nichts dafür, daß — und das werden die Herren Professor Dr. Zuder und Rabbi Bloch zugeben — beinahe sämtliche Journalisten Juden sind und nur sie und da in der Redaktion ein sogenannter Redaktionschrift gehalten wird, den sie eventuell vorschlagen können, wenn einer kommt, der

sich sonst schrecken möchte (*Heiterkeit*); ich kann nichts dafür, daß sie lauter Juden sind, Herr Professor Zuder allerdings auch nicht, aber weil die Journalisten lauter Juden sind, so hat die gegen den Journalismus gerichtete Bewegung naturnothwendig den Charakter des Antisemitismus beinahe annehmen müssen. Und dazu ist gekommen, daß diese jüdischen Journalisten — und die Juden haben am meisten Ursache, sich zu beklagen — ihr Interesse — und wie soll ich sagen — ihre Macht identificirt haben mit den Interessen des Judenthums und mit den Interessen des Großkapitals. Jeden, der nicht mit diesen Leuten in ein Horn gestossen hat, haben sie sofort zum Antisemiten gestempelt. Naturgemäß ist dem Betreffenden nach und nach gar nichts daran gelegen, und er denkt sich: Wenn ihr schon wollt, daß ich ein Antisemit sei (*Heiterkeit auf der äußersten Linken*), mir schadet es gar nichts, daß ich ein Antisemit bin. So ist man halt Antisemit. Dies ist der Entwicklungsgang des Antisemitismus.

Eines muß ich noch erwähnen, bevor ich fortfahre. Es war der Rabbi Bloch entrüstet über die Angriffe gegen den Talmud. Sie sind zwar meines Wissens hier gar nicht gefallen, aber eine Stelle, die er citirt hat, hat mir sehr gefallen, das ist (*Hier!*): „Johann Reuchlin, die Krone und Stierde Deutschlands“, wie ihn die Zeitgenossen nannten, „der ein Deutschnationaler war, sagt“ — das sollte sich der Herr Abgeordnete Thiel merken (er hat ihn speciell aufmerksam gemacht) — „der Talmud ist nicht dazu da, daß jeder Lump mit ungewaschenen Füßen darüber lauff und sag, er länd auch“.

Nun, wenn Johann Reuchlin wirklich ein Deutschnationaler, wirklich ein Christ war, dann dürfte er wohl unter den „Lumpen mit ungewaschenen Füßen“ nicht einen Christen verstanden haben, sondern vielleicht andere Leute, die leider dem Herrn Rabbi Bloch etwas näher stehen. (*Sehr gut! und Heiterkeit auf der äußersten Linken.*)

Ich gestehe jedoch offen, ich habe den Talmud nie gelesen und habe ihn nie in der Hand gehabt, ich habe daher auch kein Urtheil über ihn auf Grund der Lectüre. Ich muß mich darauf verlassen, was andere darüber berichten. Nun sagt der eine: Was im Talmud steht, ist schrecklich: da wird gegen die Christen gereizt und zum Haß gegen die Christen aufgefordert. Die werden als fremde Menschen erklärt. Rabbi Bloch aber sagt: Was im Talmud steht, ist ausgezeichnet, die beste Lehre, die man sich denken kann, es gibt nichts Besseres.

Ich habe den Talmud nicht gelesen, ich weiß nicht auf Grund der Lectüre, wer recht hat, sondern ich muß mich aus anderen Gründen fragen, ob der eine oder der andere recht hat und ich appellire speciell an die Herren, welche der jüdischen Religion angehören: Sagen Sie mir, warum wehren Sie sich

so gegen die Veröffentlichung des Talmud (*Sehr richtig! auf der äußersten Linken*), warum wehren Sie sich? Wenn ein Übersetzer kommt, da werden alle Mittel in Anwendung gebracht, um die Veröffentlichung des Talmud hintanzuhalten. Wenn wirklich im Talmud so viel Gutes steht, nun — es können ja auch die Juden etwas lernen — es verstehen schon viele nicht mehr hebräisch — es wäre für die Juden und für uns gut. Wir könnten uns überzeugen, daß nichts Schlechtes darin steht. Warum wehren Sie sich mit Händen und Füßen gegen eine Untersuchung des Talmud, gegen die Untersuchung des Schnitzan Atrach? Wenn Sie besondere Gründe haben, so müssen Sie verzeihen, wenn ein Christ zu dem Gedanken kommt, vielleicht steht doch etwas darin gegen die Christen, was den Juden nicht angenehm wäre, wenn es die Christen wissen würden. Man muß zu diesem Schlusse kommen, wenn man dieses Gebahren der Juden betrachtet.

Ich habe bereits erwähnt, daß die judenliberalen Presse eine der Hauptursachen des Antisemitismus ist, aber es gibt noch viele andere sociale Erscheinungen, welche ihn geradezu mit Naturgewalt hervortreiben mußten.

Ist die christliche Bevölkerung, frage ich Sie, vielleicht schuld daran, daß an der Börse nur Juden sind? Gewiß nicht, und wenn Herr Professor Dr. Zuckert sagt: auch Aristokraten haben gegründet, so sage ich: ja gewiß, auch Aristokraten und auch Christen haben gegründet, aber diese Aristokraten und Christen, welche gegründet haben, werden im Auge eines echten Christen noch viel verächtlicher gehalten, als die Juden; sie ümbigen gegen ihr Volk, während der Jude, wenn er gegen uns kämpft, sein Volk, seinen Glauben, seinen Stamm verteidigt. Diejenigen Christen aber, die mit den Juden gemeinsame Sache machen, die gründen oder sonst mit ihnen gemeinsam vorgehen, ümbigen gegen ihr Volk, ihren Glauben und verdienen nach meiner Meinung die größte Verachtung.

Ich frage Sie: können die christlichen Bauern dafür, daß der Getreidehandel sich ausschließlich in den Händen der Juden befindet? Können die christlichen Händler dafür, kann vielleicht das christliche Volk dafür, daß der Geld- und Landverkehr ausschließlich in den Händen der Juden ist? Kann der christliche Schneider dafür, daß die meisten Confectionäre Juden sind, oder können die christlichen Schuster dafür, daß der Inhaber der Möbelfinger Schussfabrik ein Jude ist? Oder können die christlichen Sausenfabrikanten dafür, daß ein Marcus Holländer existiert und dieser ein Jude ist? Kann der christliche Kaufmann dafür, daß die meisten Hausfrier Juden sind? Kann der christliche Drechsler dafür, daß die Exporteure Juden sind und das ganze Geschäft total ruinirt haben? Gewiß nicht! Können die Christen etwas dafür, daß über 50 Procent der Advocaten Wiens Juden und der größte Theil der Ärzte Juden

sind? Dafür können wir absolut nichts, aber das Ganze zusammen mußte den Antisemitismus erzeugen und hat ihn auch erzeugt. Vielleicht sagt man, daran ist nur die sogenannte höhere Intelligenz der Juden schuld.

Nein, an Intelligenz überragen die Juden die Christen nicht. Daran sind schuld die gewissen Geschäftspraktiken, jede Geschäftsmoral oder richtiger Unmoral, die in Wien unter dem Namen Tarnopoler Moral bekannt ist. Darin liegt die Ursache, warum sich die Christen durch die Juden gedrückt fühlen und auch wirklich gedrückt sind.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Zuckert auf die Concurrenz hindeutet, so habe auch ich merkwürdige Daten.

Nach der statistischen Monatschrift heißt es zur Statistik des Judenthums in der Bukovina: Procent der Juden von der Gesamtzahl der Beruftheilten wegen Betrugs im Jahre 1882 39.2 Procent, im Jahre 1883 62.3 Procent (*Hört! auf der äußersten Linken*), im Jahre 1884 61.2 Procent, im Jahre 1885 49.1 Procent; wegen betrügerischer Erida im Jahre 1882 96 Procent (*Hört! auf der äußersten Linken*), im Jahre 1883 100 Procent (*Hört! auf der äußersten Linken*), im Jahre 1884 95.8 Procent, im Jahre 1885 100 Procent.

Und wissen Sie, wie groß der Procentfuß der Juden in der Bukovina ist? 11.79 Procent.

Das sind Ziffern, die eine vernichtende Sprache führen, aber noch ein anderes Document liegt mir vor. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ wird gewiß von allen Seiten als ein dem Judenthum unverdächtigstes Blatt angesehen werden. Es führt in Wien den Titel „Rabbiner-Zeitung“, weil es sich hauptsächlich mit der Vertretung der Judenthums befaßt. In diesem Blatte erschien ein Artikel unter dem Titel „Galizische Hallimente“. Verfasser ist Dr. Friedrich Elbogen, soviel ich weiß, kein Christ, ein unerschütterter Jude, wenn ich ihn so nennen soll, ich nenne ihn sogar scherzweise den König der Juden. Was sagt er von den Hallimenten in Galizien? (*Liest*): „Ein großer Theil des Handelsstandes in Galizien aber, der die Millionen industrieller Werte entgegnimmt, um sie an den letzten Consumanten abzugeben, ist ungeeignet, durch und durch corrupt. Das ist die Wahrheit, die endlich einmal offen und schonungslos gesagt werden muß.“

In Galizien hat sich das Halliment zu einem förmlichen Industriezweig entwickelt, und zwar der betrügerische Bankerott, der vorbereitete, klug geplante, sorgfältig inscenirte, schlaue ausgeführte Bankerott. Das — wenn man so sagen darf — reguläre Halliment, das schmerzliche Ergebnis fehlgeschlagener Unternehmungen muß zu den Ausnahmen gezählt werden. Das typische Halliment des galizischen Händlers hat den Charakter des Betruges, der frechsten Plünderung fremden Eigenthumes“. Weiter heißt es

(liest): „Bei uns in Galizien ist jede Erida Betrug“. Ich könnte noch Einiges aus diesem Artikel vorlesen. Nun, meine Herren, wer hat denn in Galizien eigentlich den Pöbel? Sie werden wohl zugeben, daß das zum größten Theile Juden sind und Sie brauchen ja nur immer zu lesen, wer in Concurs geräth und unter der Rubrik „Galizien und Bukowina“ werden Sie beinahe ausschließlich Juden finden. Es ist geradezu ein Wunder, wenn einmal dort ein christlicher Name vorkommt. Das, meine Herren, sind die Ursachen, welche den Antisemitismus erzeugt haben, die ihn fortwährend nähren und solange diese Ursachen nicht aufhören, solange wird auch der Antisemitismus dauern.

Wenn einer Minister ist und sehr viele Tausende jährlich Gehalt hat, wenn einer Minister ist und die Leiden des Volkes nicht kennt, sich nicht im Volke bewegt, dann hat er es leicht, sich auf die Staatsgrundgesetze in nobler Weise zu berufen. Der arme Schuster aber, meine Herren, der denkt sich: zum Heuler mit jenem Gesetze, das jedem Dahergelaufenen gestattet, mir das Brot vom Munde wegzuschnappen, mir, meinem Weibe, meinen Kindern, den Gesellen und den Lehrlingen, um sie alle dem Hungertode zu weihen. Gesetze müssen geschaffen werden, die dies unmöglich machen und ob sie jetzt Staatsgrundgesetze heißen oder anders, ist mir vollständig gleich.

Der Herr Abgeordnete Professor Zucker hat auch gemeint, ein Vorwurf gegen die Juden sei darin gelegen, daß sie nicht gerne arbeiten. Ich glaube nicht, daß dieser Vorwurf in dem Sinne gemeint war, wie er ihn aufgefaßt hat, allein er hat sehr weit gehen müssen, um sogenannte schwerarbeitende Juden zu finden. Er ist bis nach Salonichi gegangen, um solche zu entdecken. Dort jedoch wohnen, soviel ich unterrichtet bin, die sogenannten Spaniolen und diese würden sich, soweit ich unterrichtet bin, sehr dagegen vermahnen, wenn man sie mit den österreichischen Juden in einen Topf werfen wollte.

Bei dieser Gelegenheit hat aber auch der Herr Abgeordnete Zucker den Vorwurf wiederholt, welcher in der Jetztzeit sehr häufig in den Zeitungen zu lesen ist, daß die jüdischen Kinder infolge der antisemitischen Äußerungen der Lehrer an den Volks- und Mittelschulen höchst ungünstig behandelt werden. Ich sage offen, es wäre traurig, wenn dem so wäre, aber ich weiß es, daß dem nicht so ist.

Ich weiß, daß Herr Professor Zucker irrig berichtet sein muß, und daß diejenigen Personen, die es ihm berichtet haben, nichts sind, als gewöhnliche Berleumder und Ehrabschneider. Der christliche Lehrer wird immer gerecht sein, er wird den Arm der Politik nicht in die Schule tragen. Das thun andere Lehrer, vielleicht nicht einmal die jüdischen Lehrer, aber gewisse judenliberale Lehrer, die thun es wohl.

Wie ich noch in die Schule gegangen bin, da war sie noch confessionell. Da sind ein paar Judenkinder mit in die Schule gegangen. Es war zwar kein

Antisemitismus vorhanden, aber doch sind sie hie und da von den Christenkindern wegen ihres Glaubens seziert worden. Wissen Sie, zu wem diese Judenkinder gegangen sind? Sie sind zu dem Katecheten unserer Religion gegangen und der Katechet unserer Religion hat die Christenkinder zur Verantwortung gezogen und die Judenkinder geschützt. Jetzt aber, meine Herren, wissen Sie, was jetzt in den Schulen geschieht? Jetzt werden in den Schulen von den Judenkindern Carticaturen auf Christus gezeichnet — ich habe selbst eines im Besitze — (*Su ist er! auf der äußersten Linken*), und wenn die christlichen Kinder Schutz suchen gegen diese Angriffe der jüdischen Kinder, gegen die Verpötlungen ihrer Religion seitens der Judenkinder, dann finden sie keinen Schutz mehr in der jetzigen Schule.

Das ist die Wahrheit. Wir Christen sind so tief gesunken, daß hier in Wien ein jüdischer Lehrer es wagen darf, den katholischen Kindern das Kreuzzeichen zu verbieten, damit nicht ein paar Juden Anstoß daran nehmen. (*Sehr richtig! Hört! Hört! auf der äußersten Linken.*) Es ist geradezu unglaublich, wie weit wir schon in Oesterreich gekommen sind.

Übrigens frage ich, meine Herren, wenn das wirklich wahr ist, was Sie sagen, ja warum sind Sie denn gegen die Trennung der Schulen nach Confessionen? (*Sehr gut! Bravo! auf der äußersten Linken und rechts.*) Das wäre doch die einfachste Lösung der Frage. Die Christen beisammen, und die Juden beisammen, dann gäbe es Streitigkeiten höchstens dort, wo die Kinder der verschiedenen Confessionen auf der Straße zusammentreffen, sie würden vielleicht Gesichte auführen, wie auch ich sie in meiner Kindheit oft aufgeführt habe, was damals nicht zwischen Christen und Juden stattfand, sondern ein Streit zwischen den Schülern der einen Schule und der der anderen Schule war. Wenn wir zusammentraten, sind Schlächten geschlagen worden, die hie und da große Dimensionen angenommen haben.

Dies ist kein Unglück; ein Unglück aber ist es, wenn in einer solchen Weise, wie ich es schilderte, der Keim des Unglaubens und der Haß gegen seine eigenen Religionsgenossen in die Herzen der Kinder hineingepflanzt wird.

Der Herr Professor Zucker meint weiter, daß unter dem Antisemitismus der kleine Jude leidet. Es mag sein, daß er darunter leidet, aber gewiß ist der Antisemitismus etwas Höheres, das sich nicht gegen den armen Juden oder die Jüdin richtet. Jener Judenpöbel, der sich darin charakterisirt, daß man im Wirthshaus fern von den Juden über die Juden schnappt und vielleicht an einer jüdischen Hausirerin sein Mißgeschick kühlt, ist nicht Antisemitismus. Diesen Judenpöbel überlassen wir den Scheinliberalen und schein-demokratischen Epileptern (*Sehr richtig! auf der äußersten Linken*), welche sich vor dem großen Juden bengen und auf die Erde niederfallen, insbesondere

wenn er es versteht, zur Deckung der Wapstlosten die nothwendigen Beiträge aus gewissen Fonds herbeizuschaffen. *(Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken.)*

Nicht Hepp, Hepp — dies bemerke ich gegen den Herrn Rabbi Bloch — ist die Sprache des Antisemitismus. Ich kann ihn leider nicht einladen, aber ich frage vertrauenswürdige Personen, ob in einer Versammlung, die wir abhalten, jemals dieser Ausdruck gefallen ist? *(Gelächter links.)* Sie können mir es glauben: Wenn einer es wagen würde, sich in so ungebildeter Weise zu benehmen *(Erneutes Gelächter. — Letzte Zustimmung auf der äußersten Linken.)* — Ja, meine Herren, Sie wissen es nicht, Sie gehen ja nicht in unsere Versammlungen. *(Aufs links: Wir werden auch nicht gehen!)* Kommen Sie doch in unsere Versammlungen, und Sie werden sehen, mit welchem Tacte dort vorgegangen wird. — Gewiss ruhiger und stiller, und das Benehmen jedes Einzelnen ist viel würdiger als manchmal hier im Parlamente. *(Gelächter links. — Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)* Wir rufen also nicht hepp, hepp, sondern wir wehren uns dagegen, daß die Christen unterdrückt werden, und daß an die Stelle des alten christlichen Reiches Österreich, ein neues Reich Palästina tritt. Dies ist die Ursache des Antisemitismus. Es nicht der Haß gegen den Einzelnen, nicht der Haß gegen den armen, gegen den kleinen Juden. Nein, meine Herren, wir haßen nichts anderes, als das erdrückende Großcapital, welches sich in den Händen der Juden befindet.

Ja, heißt es, es gibt brave Juden, und man soll nicht generalisiren. Ja, Herr Professor Zucker, warum halten Sie diese Rede nicht Ihren Glaubensgenossen und Ihren Stammesgenossen? Erinnern Sie sich nicht, wie Ihre Glaubens- und Stammesgenossen in den Zeitungen über unsere Religionsgenossen hergefallen sind, wie sie jeden Fall, wo sich ein Priester vergangen hat, sofort generalisirt haben? *(Sehr richtig! auf der äußersten Linken und rechts.)* Erinnern Sie sich nicht, Herr Professor Zucker, wie die ganze Judenheit über das Giordano Bruno-Denkmal, welches in der Stadt des Papstthums gegen das Papstthum errichtet wurde, in heftiges Entzücken gerathen ist, und muß es nicht einen Christen empören, wenn er sieht, wie die nömischen Juden, welche so das Papstthum schmälerten, sich in der letzten Zeit, wie ich vernommen, an den Papst gewendet haben, er möge gefälligst befehlen, daß die Juden Christen nicht schächten und Christenblut nicht zu rituellen Zwecken brauchen?

Ist dies nicht unglaublich, und mußten Sie uns zu, daß wir da ruhig bleiben sollen? Nein, selbst einem ehrlichen Juden muß die Schamröthe ins Gesicht steigen, wenn er ein solches Treiben seiner Glaubens- und Stammesgenossen sieht.

Der Herr Professor Zucker meint, die Geschichte von der jüdischen Welt Herrschaft ist eine Fabel. Leider ist sie keine Fabel. Sehen Sie nach Frankreich und

Sie werden mit mir übereinstimmen, daß die Juden die Nachhaber in Frankreich dazu gebracht haben, die französischen Soldaten nach Tonking zu schicken. *(Abgeordneter Dr. Zucker: Das ist nicht wahr!)*

Ja, es ist wahr, Herr Professor Zucker! Ich erinnere an den Kupferjüngling *(Abgeordneter Dr. Zucker: Ein Jude war dabei!)*, dessen Proceß jetzt in Frankreich durchgeführt wird. Doch, wozu in die Ferne schweifen, siehe, das Schlechte liegt so nah. In unserem Nachbarlande Ungarn hat der letzte Jude mehr Einfluß als der katholische Primas. *(Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)* Hier in Österreich, und ich frage auch jetzt wieder den Herrn Professor Dr. Zucker, glaubt er, daß es nicht ein Zeichen der Juden Herrschaft ist, daß die Nordbahnfrage in der Weise gelöst wurde, wie sie thatsächlich gelöst worden ist? *(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)* Hat er vielleicht die Debatte über die Petroleumfrage vergessen, die hier in dem hohen Hause stattgefunden hat? *(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)* Erinnert er sich nicht daran, daß sich die Kohle, dieses wichtigste Mittel zur Erzeugung von Kraft, beinahe ausschließlich in den Händen der Juden befindet? *(Abgeordneter Dr. Zucker: Graf Lurich!)* Ist es nicht geradezu merkwürdig, was in Trifail geschehen ist, wo die armen Arbeiter in Massen ins Gefängnis und zu Gericht geschleppt wurden, und ein Jude ist Leiter dieser Bergwerke, und wenn Seine Majestät des Kaisers Allerhöchste Gnade nicht die armen Opfer jüdischer Unterdrückung freigemacht hätte, würden sie jetzt noch im Gefängnis sitzen. Ist das nicht Juden Herrschaft? Ist es ferner nicht ein Ausdruck der Juden Herrschaft, wenn der Präsident des Abgeordnetenhauses ein Mitglied unserer Partei, den Herrn Dr. Batai, ersucht, er möge nicht über Rothschild sprechen, damit nicht etwa das Ansehen um ein oder zwei Procent theurer zu stehen komme? *(Hört! Hört! und Gelächter auf der äußersten Linken.)* Ist es nicht ein Zeichen der Juden Herrschaft, daß sich beinahe das gesamte Schulwesen in den Händen der Juden befindet? Ist es nicht ein Zeichen der Juden Herrschaft, daß die officiöse Presse, ich sage nicht die andere Presse, ich sage die officiöse Presse, ihre Artikel nicht nach dem Wohle des Vaterlandes Österreich einrichtet? *(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)* Sondern ausschließlich nach den jüdischen Interessen? Ich erinnere Sie an einen Artikel, der einmal in der alten Presse gegen den Präsidenten Carnegian, den Oberstaatsanwalt Soos und andere hohe richterliche Functionäre erschienen ist, in welchem, nach dem Marcus Holländer-Proceß, der Vorwurf des moralischen Verfolgungswahnes erhoben wurde? *(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)* Wenn wir es wagen würden, in dieser Weise gegen Richter aufzutreten, wie es dieser freche officiöse Jude in seinem Blatte gethan hat, wissen Sie, was uns geschehen würde? Wir würden unbarmherzig angeklagt und eingesperrt werden. Ist es nicht ein Zeichen der

Judenherrschaft, wenn man sieht, wie auf anonyme Artikel sofort Untersuchungen gegen christliche Lehrer und Beamte eingeleitet werden? Ist es nicht ein Zeichen der Judenherrschaft, dass in Österreich der Beamte nicht christlich gesinnt sein darf, wenn er nicht verfolgt werden will. Ich sage nicht, dass er nicht antisemitisch gesinnt sein darf, nicht einmal katholisch darf er gesinnt sein. *(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)* Ist es nicht geradezu ein unerhörter Beweis der Judenherrschaft, wenn man sieht, wie christlich geschriebene Blätter fortwährenden Confiscationen unterliegen, wie zum Beispiel das deutsche Volksblatt *(Gelächter)* — was lachen Sie? — confiscirt worden ist? Ich habe einen confiscirten Artikel gelesen. In demselben war einfach die geschichtliche Thatsache erwähnt, dass Kaiser aus dem Hause Habsburg die Juden aus Österreich ausweisen mussten. Deswegen wurde das Blatt confiscirt. Ist es nicht geradezu ein charakteristisches Zeichen der Judenherrschaft, dass man vor der heutigen Sitzung des hohen Hauses eine bedeutende Angst zu haben scheint. *(Schallendes Gelächter.)* Ja, es ist wahr, meine Herren, es ist wahr, und wenn man es nicht gehört hätte, würde man es nicht sagen. So ist es, erkläre ich Ihnen, und Sie selbst, meine Herren, die so lachen, sehen Sie, Sie selbst, wenn Sie zu Hause in ihrem Kämmerlein oder vielleicht in ihren Salons sitzen, werden sich, davon bin ich überzeugt, sagen: Na, recht hat der Dr. Zueger! *(Lebhaftes Gelächter.)* — So ist es! *(auf der äußersten Linken.)* Hier aber, weil Sie sich beugen vor der Macht der Juden, hier höhnen Sie den Dr. Zueger. Aber mir liegt nichts daran, ob Sie lachen oder etwas anderes thun, mir liegt nur an einem: dass das Volk von Wien weiß, dass hier ein Kämpfer ist *(lebhaftes Gelächter links)*, der unerschrocken und müthig einsteht für die gute Sache. *(Gelächter links.)* — *Beifall auf der äußersten Linken.)*

Der Herr Professor Dr. Zuckert hat zwar gesagt: Der Antisemitismus ist ja, Gott sei Dank, im Niedergang. Es mag ja sein, dass es der consequenten und systematischen Verfolgung gelingen wird, das herbeizuführen. *(Abgeordneter Pögl: Niemals!)* Aber Sie werden sich irren. Die Hilfsmittel, meine Herren, die Sie vorschlagen, sind nicht echt und nicht recht. Wenn der Herr Professor Dr. Zuckert der Meinung ist, dass die Juden, um den Antisemitismus zu beseitigen, sich angliedern sollen an eine andere Nation — er meint an die edle böhmische Nation, sein Bruder hat gemeint, an die edle deutsche Nation, offenbar deswegen, damit sich keine edle Nation darüber bellagen kann, dass sie keinen Zuckert bekommen habe *(Heiterkeit auf der äußersten Linken)* — so sage ich ganz einfach: Er irrt sich darin. Die Nationalität ist nicht bloß die Sprache, nein, die Nationalität ist dasjenige, was — ich könnte sagen — durch Jahrhunderte angesammelt worden ist im

Herzen eines jeden Einzelnen, was vom Großvater auf den Vater, vom Vater auf den Sohn übertragen wurde, und vom Sohne wieder auf den Enkel übergehen wird. Das lernt man nicht durch Angliederung, da muss man ein geborenes Mitglied der betreffenden Nation sein. *(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)* Der Herr Rabbi Bloch war der Meinung, dass wir den Juden unrecht thun. Er hat die Juden hingestellt als die Märtyrer der Deutschen. Er hat gemeint, die Juden seien es, welche die deutsche Cultur oder die deutsche Sprache nach Osten und nach Norden getragen haben; sie seien diejenigen, welche das Deuththum dort repräsentirt oder förmlich vertheidigt haben gegen die anderen Nationen, und ein Herr der deutschen Nation hat dazu gemerkt: „Leider!“ Nun, ich bin der Meinung, dass nicht die Juden die Märtyrer der Deutschen, sondern die Deutschen die Märtyrer der Juden sind. *(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)* Wir, meine Herren, die Deutschen leiden darunter, dass der sogenannte Gründungsschwindel, die Katastrophe vom Jahre 1873 uns angekreidet wird, trotzdem wahrlich das deutsche Volk als solches mit Ausnahme gewisser Führer absolut unschuldig ist an der ganzen Sache. Wenn der Herr Rabbi Bloch weiters meint, wir sollten froh sein, dass die Juden deutsch sprechen — so sage ich: Die Juden sprechen nicht deutsch aus Liebe zur deutschen Nation, sondern sie haben sich ein eigenes Deutsch erfunden, welches wir gar nicht verstehen, das sogenannte Judendeutsch — es hat auch einen anderen Namen — und das gebrauchen sie, damit sie untereinander reden können, ohne dass sie ein anderer versteht. *(Heiterkeit und Sehr gut! auf der äußersten Linken.)* Das ist der eigentliche Grund, warum das sogenannte Judendeutsch eingeführt wird, und was ich jetzt sage, weiß ich nicht von Christen — die Herren mögen es mir verzeihen — das weiß ich von den Juden selbst, dass dem so ist. Es hat der Rabbi Bloch gesagt, dass seine Vorfahren den Boden mit ihrem Blute gebüngt haben. Ich weiß nur, dass die christlichen Völker es waren, welche unser Reich von den Türken befreit, welche unser Reich befreit oder richtiger gerettet haben, als Maria Theresia auf den Thron erhoben wurde, dass die christlichen Völker es waren, die die verschiedenen Kriege gegen Napoleon geschloßen, die immer und immer für Kaiser und Reich eingetreten sind. Es mag ja sein, dass sich die und da ein Jude daran betheiligt habe. Das eine aber sage ich ihm: Die Juden sind sehr oft reich geworden durch Lieferungen, welche sie gemacht haben; und wenn man die letzten traurigen Erfahrungen in Bosnien und in der Herzegovina — dieser Baruch-Schwindel, oder wie der Mann heißt — liest, so muss man sagen: Es wäre Zeit, wenn die Juden gegen so etwas protestiren müßten, damit nicht wieder das eintritt, was den Herrn Professor Dr. Zuckert so unangenehm berührt hat, eine Generalfürung.

Aber mit voller Entschiedenheit muß der Vorwurf zurückgewiesen werden, daß wir Deutsche das Gastrecht verlegen. Wir verlegen nicht das Gastrecht, wenn wir es gewähren, und wir missbrauchen nicht das Gastrecht, wenn es uns gewährt wird. Es mag ja sein, daß in der Geschichte der Deutschen viele auch von unschmerzlich empfundene Punkte vorkommen. Das eine ist aber wahr: Der Deutsche war sehr häufig ungerecht gegen sich selbst, aber er war immer gerecht gegen Fremde. Und deswegen sollte gerade ein Jude es sich — ich könnte sagen — verbieten gegen die deutsche Nation in einer solchen Weise aufzutreten, wie Herr Rabbi Bloch es gethan hat. Nun, ich habe bereits erwähnt, daß ich der Meinung bin, daß die antisemitische Bewegung nicht ersterben wird, wenn sie auch verfolgt wird und wenn vielleicht auch hier und da gestritten wird.

Wir haben doch schon vieles erreicht, und ich bin der Überzeugung, daß, wenn jetzt in Frankreich eine Revolution ausbrechen würde, nicht mehr der Erzbischof von Paris und nicht mehr arme Mönche erschossen werden, sondern, daß es anderen Personen unangenehm würde, wenn eine solche Revolution ausbricht. Aber abgesehen von dem allen, verlassen wir uns auf die positiven Grundzüge unserer Partei. Der große Priester unserer Religion, der greise Cardinal Manning hat uns den Weg gezeigt, den wir zu wandeln haben: Unsere Kirche muß sich der unwürdigen Rolle einer Dienerin judenliberaler Staatsgewalten entledigen (*Richtig! auf der äußersten Linken und rechts*), muß wieder zurückkehren zu dem Volke und wenn sie wieder eine Schirmherrin des Volkes wird, wenn sie in dem Volke wieder die Überzeugung wachrufen wird, daß in ihr Schutz und Schirm gegen die jüdische Unterdrückung gefunden wird, dann wird auch die Befreiung des christlichen Volkes von den schmachvollen Fesseln der Judenherrschaft eintreten, und mit dem Ende der Judenherrschaft, aber auch erst dann, wird das Ende des Antisemitismus gekommen sein. (*Beifall auf der äußersten Linken und rechts.*)

**Präsident:** Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Weitlof; ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dr. Weitlof:** Hohes Haus! Bevor ich mich meiner eigentlichen Aufgabe als Generalredner der Besprechung des vorliegenden Gesetzes und der früher darüber geführten Debatte zu wende, muß ich auch den weniger sympathischen Theil meiner Aufgabe erfüllen und mich mit der selben gehörten Rede beschäftigen. Der Herr Vorredner hat selbst nach dem ganzen Inhalt und Wesen seiner Rede sie viel weniger als eine Generalrede zum Gesetze, denn als eine Polemik mit Ausführungen einer Reihe von Einzelheiten gegen die

Herrn Abgeordneten von Leitomischl und Kolomea dem Hause vorgeführt. Interessant war mir an seinen Ausführungen aber insbesondere eines. Wir haben heute den Herrn Vertreter des fünften Bezirkes nach seinen Darstellungen über die Entwicklung des Antisemitismus und über seine Stellung zu denselben als einen Antisemiten kennen gelernt, welchem es eigentlich mit dem Antisemitismus nicht ernst ist, sondern welcher mittels des Antisemitismus den Capitalismus bekämpfen will, und zwar nicht bloß das jüdische Capital, sondern nur in erster Linie das jüdische Capital, jedoch auch das Capital, in dessen Händen es immer sein mag.

Es steht ja jedermann frei, in seinem Leben verschiedene politische Ansichten in sich aufzunehmen und einen Wechsel seiner Ansichten vorzunehmen. Das zu beurtheilen und zu kritisiren ist nicht meine Sache; das mögen sich die Wähler des fünften Gemeindebezirkes von Wien mit dem Herrn Abgeordneten ihrerseits ausmachen. Auf alle Einzelheiten dieser Rede einzugehen, das werden mir die geehrten Herren wohl nicht zumuthen, aber einige Blüthenlesen gestatten Sie mir, aus derselben herauszugreifen. Es hat der Herr Abgeordnete uns einige Stellen aus Propheten vorgelesen mit sehr kräftigen Ausdrücken gegen die Glaubensgenossen. Da möchte ich den Herrn Abgeordneten aber fragen: Sind ihm nicht vielleicht auch die im dreizehnten Jahrhundert in Italien abgehaltenen Volkspredigten christlicher Geistlichen an die Christen bekannt, in welchen diese Volksprediger ihre Glaubensangehörigen verdonnerten, in derselben kräftigen Weise wie hier, weil sie sich dem christlichen Bunde ergeben haben, weil sie viele Sünden auf sich hatten, von welchen die Geistlichkeit wollte, daß sie dieselben ablegen? Und wenn der Herr Abgeordnete sich so sehr darüber beschwert, daß man eine Übersetzung des Talmud nicht bekommen könne, so bin ich sofort hier in der Lage, dieser seiner Beschwerde abzuhelfen. (*Weiterkeit links.*) Ich gehe, daß ich in Bezug auf die Kenntnis des Talmud ebensoviel oder ebensowenig weiß als er. Ich habe mich aber im Ausschusse mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen und habe hier ein Buch aus dem Jahre 1808, in Paris gedruckt, und da findet sich ein Schreiben eines Herrn Hal Beer, welcher hervorhebt, in welcher vortrefflicher Weise der Talmud in das Deutsche von einem Moses Mendelssohn übersetzt worden sei, und wünscht, daß solche Übersetzungen auch in französischer Sprache gegeben werden. Es wurden mir weiters über die im Hause während der Rede des Herrn Vorredners gestellte Anfrage drei Autoren genannt, welche ebenfalls Übersetzungen ins Deutsche geliefert haben.

Wenn der Herr Abgeordnete bei dieser Gelegenheit auch Schulverhältnisse in Erwägung gezogen hat, so haben wir alle diese Einwürfe und alle Fragen, welche die Schule betreffen, bei einer anderen Gelegenheit würdig, eingehend und sachlich erörtert, und es kann uns nicht

## Schlüsseldokumente zu Wilhelm Neusser

---

### Anhang, Seite 69-73

Karteikarte von Wilhelm Neusser.

*(Quelle: BArch, SS-Führerpersonalakt, SS O 349 A)*

Nr. 158546

HA 2b / 65 - 1982

Einheit:

65-1982

Name:

Neusser

Vorname:

Wilhelm

geb. am

18.9.24

in

Dienstgrad:

St.  
Hauptmann

13. Sep. 1944

Entlassung

G.

H. 1/15

Verdruckverlag W. F. Mayr, Miesbach (Bayer. Hochland) 1814

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Zahlenfeld der Lochkarte	Zeitraum Zahlungsbezeichnung	VOM	VOM	VOM	VOM	VOM	VOM	VOM	VOM	VOM	VOM	VOM	VOM	Bemerkungen
		bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis		
		1.1.44	31.3.45	1.1.44	31.3.45									
		28.2.45	31.3.45	31.3.45										
		NB	NBLG											
—	Einkommensbetrag													Abfindung 54 -
—	Kinderszuschlag													
—	— Zulage													
—	Diensteinkommen (Frieden)													
—	ab: Ausgleichsbetrag EWGG													
10	Diensteinkommen (Krieg)													
—	zur Ermittl. ab:													
—	des steuerpfl. ab:													
—	Einkommens ab:													
—	zu:													
—	Steuerpflichtiges Einkommen	1294-	134-	244-	141-									
11	Lohnsteuer													
12	WHW													
13	Pflichtsparen			6-	2-									
14	Lebensborn													
15	Unterhaltsrente													
16	Eisernes Sparen													
17	V. und 21 E.													
18	Verschiedene Abzüge													
19	Darlehen Spargemeinschaft-ff													
20	Hinterlegungen													
—	Summe der Abzüge A			6-	2-									A: ohne WHW-Beitrag B: mit WHW-Beitrag  Anmerkung: Der WHW-Beitrag wird nur in der Zeit vom 1. 9. bis 31. 3. einbehalten.
—	Summe der Abzüge B		131-	204-	139-									
21	Auszahlungsbetrag A		131-	204-	139-									
22	Auszahlungsbetrag B	1294-	132-	238-	278-									
—	Festgestellt: (Unterschrift, Dienstgrad)													
—	Geprüft: (Unterschrift, Dienstgrad)													

Listen-Kenn-Nummer

065 1982

# Gebührnis-Karte

KB

Beoldungs-Nummer

153546

1. Name: <b>Neusser</b>	10. Dienstlicher Wohnort: <b>Wien IV 50</b>	17. Kinderzuschläge für (Vorname, bei nachfolgenden Kindern nach Zeugnis)	18. Überweisungsanschriften: (Bank — Postfach — Postleitzahl)
2. Vorname: <b>Wilhelm</b>	11. Familienwohnsitz:	1. geb.	ab: <b>G1 29.638</b>
3. Dienstgrad: <b>H-Stjkr</b>	12. Ortsklasse: <b>S+3%</b>	2. geb.	<b>LBW Wien</b>
4. Geburtsdatum: <b>18.9.1924</b>	13. Gefallen am:	3. geb.	
5. Ledig: <b>ja</b> Verh.:	Verstorben am:	4. geb.	ab:
Verw.: Gesch.:	Vermißt am:	5. geb.	
6. Beförderungen:	Entlassen am:	6. geb.	
am <b>30.1.44</b> zum <b>H-Uscha</b>	14. Vorgesetzter zum	7. geb.	
am <b>1.9.44</b> zum <b>H-Stjkr</b>	Feldbeere:	8. geb.	
am <b>9.11.44</b> zum <b>H-Stjkr</b>	Erzbeere:	9. geb.	ab:
am zum	15. Steuerkarte:	10. geb.	
am zum	16. Steuerfrei:	11. geb.	
7. Dienststufentritt: <b>15.4.1943</b>		12. geb.	ab:
8. BDA: <b>1.9.1944</b>		Veränderungen in Kinderzuschlägen:	
9. Bes.-Gruppe — Stufe: <b>022b/1k</b>			

## Erläuterungen der umseitigen Gebührensrechnungen

Spalte 3:	Spalte 4:	Spalte 5: <b>Prof. Dr. H. H. H. H.</b> <b>Lehrf. 43-Belehrungsbeauftragter</b> <b>aus Chef des Amtes X. v. 1.11.44</b>	Spalte 6:
Spalte 7:	Spalte 8:	Spalte 9:	Spalte 10:
Spalte 11:	Spalte 12:	Spalte 13:	Spalte 14:

Streitkorps: von bis  Stahlhelm:  Jungde:  HJ:  SA:  SA-Ref.  NSKK: NSDF: Ordensburgen: Arbeitsdienst: 1.1.42 - 15.4.43	Alte Armee:  Front:  Dienstgrad:  Gefangenhaft:  Orden und Ehrenzeichen:  Bew.-Abzeichen:  Kriegsbeschädigt *	Auslandsstätigkeit:   Deutsche Kolonien:   Besond. sportl. Leistungen:
H-Schulen: von bis  Tölz  Braunschweig  Berne  Forst  Bernau  Dacha	Reichswehr:  Polizei:  Dienstgrad:  15.4.43 - Hq Reichsheer:   Dienstgrad	Aufmärche:

Dienstgrad	Bef.-Dat.	Dienststellung	von	bis	h. amtl.		
U-Stuf.	1. 1. 44	MA-Büro		31. 12. 45	X	Eintritt in die H: Eintritt in die Partei:  <i>Hilhelm Neusser</i> 12. 9. 24 Größe: 176 Geburtsort: <i>Hien</i>	
O-Stuf.					X		
Hpt-Stuf.							
Stubaf.							
O-Stubaf.							
Staf.						H-J.R. Winkeltträger:	SA-Sportabzeichen Olympia
Oberf.						Coburger Abzeichen	Reitersportabzeichen Fahradabzeichen
Brif.						Blutorden Gold. HJ-Abzeichen	Reichsfahradabzeichen D. L. R. G.
Gruf.						Gold. Parteiabzeichen Gaukreuzzeichen	H-Leistungsabzeichen
O'Gruf.						Totenkopfring	D. A. d. NSDAP.
						Ehrendegen	
						Julleuchter	
3io-!Strafen:	Familienstand:		Beruf: <i>Hilf. Angestellter</i>		gelernt jetzt		Parteitätigkeit:
	Ehefrau: _____ Mädchenname Geburtsort und -ort		Arbeitgeber: _____				
H-Strafen:	Parteigenossin: Tätigkeit in Partei:		Volksschule <i>4/4</i> Fach- od. Gew.-Schule Handelsschule		Höhere Schule Technikum Hochschule		Stellung im Staat (Gemeinde, Behörde, Militär, Industrie):
	Religion: <i>(Kath.) 1991.</i> R. A. 12. 9. 44		Fachrichtung:				
	Kinder: M. 4. 1. 4. 2. 5. 2. 5. 3. 6. 3. 6.		Sprachen:				
	Nationalpol. Erziehungsanstalt für Kinder:		Ahnennachweis:		Lebensborn:		

## Schlüsseldokumente zu Leopold Kunschak

---

### Anhang, Seite 75-78

Leopold Kunschak, „Zur Judenfrage“.

*(Quelle: Neue Ordnung, 1936, S. 20-22. In: Anton Pelinka, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938, Wien-München-Zürich 1972, 297-300)*

### Anhang, Seite 79-83

Auszug aus dem Stenographischen Protokoll, 78. Sitzung der konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich, 29.04.1920.

*(Quelle: Stenographisches Protokoll, 78. Sitzung der konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich, 29.04.1920, 2.379-2.383)*

## Zur Judenfrage

Von Staatsrat Leopold Kunschak

Nach dem Umsturz sowohl wie vor und nach den Wahlen im Jahre 1919 war unter der Judenschaft Österreichs eine sehr starke nationale Bewegung im Gange. Der Führer dieser Bewegung Robert Stricker wurde am 16. Februar 1919 im Wahlkreis Wien-Nordost (2., 20. und 21. Bezirk) zum Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung gewählt. Die Rolle, die das jüdische Element in der blutigen Sturmperiode 1918—1919 sowohl in Rußland, in Ungarn, in Deutschland wie auch in Österreich spielte, rückte die Judenfrage stark in den Vordergrund. Von dieser Stimmung ergriffen, beschäftigte ich mich viel und eingehend mit der Frage, wie der jüdische Einfluß in die ihm gebührenden Schranken zurückgedrängt werden könnte. Ich glaubte einen Weg zur Lösung dieser Frage darin erblicken zu dürfen, daß die Judenschaft durch Gesetz zur eigenen Nation erklärt und ihre Rechte als Nation genau umschrieben werden. Das Ergebnis meines Studiums war der Entwurf eines Gesetzes über: »Die Rechtsverhältnisse der jüdischen Nation.«

Der Vollständigkeit halber sollen hier gleich vorweg zwei für die allgemeine Beurteilung meines Planes sehr wichtige Feststellungen erfolgen. In der Debatte über die durch den kaiserlichen Ministerpräsidenten Hussarek gemachte Mitteilung, daß sich die Regierung mit der Absicht trage, den einzelnen Nationen Österreichs die autonome Selbstverwaltung zu garantieren (1. Oktober 1918), forderte der zionistische Abgeordnete Dr. Straucher

1. gesetzliche Anerkennung der Juden als Nation;
2. Zusammenfassung aller Juden zu einem Reichsverband;
3. Schaffung einer nationalen jüdischen Kammer.

Der Wiener Oberrabbiner erklärte gegenüber Kaiser Karl (11. Oktober 1918) »die Juden seien nicht nur schlechthin eine Religionsgenossenschaft, sondern eine eigene Nation mit dem Rechte auf Selbstverwaltung«. Ein so präzises Urteil wie jenes dieser beiden führenden Juden verdient sicherlich ernste Beachtung.

Es war naheliegend, daß ich mit Dr. Seipel, der ja Referent über die Grundgesetze der Republik gewesen war, das Einvernehmen suchte. Dr. Seipel erhob gegen meinen Gesetzentwurf eine Reihe so ernster Einwendungen, daß ich mich entschloß, den Entwurf einer gründlichen Umarbeitung zu unterziehen. Nachdem die Umarbeitung erfolgt war, legte ich den Entwurf neuerlich Dr. Seipel vor. Nach einiger Zeit gab mir Dr. Seipel den Entwurf mit einer Reihe handschriftlicher Anmerkungen zurück. Diesen Anmerkungen waren folgende zwei Sätze vorangestellt:

»Dieses Gesetz halte ich in der gegenwärtigen Fassung, die sich von der ursprünglichen ganz wesentlich unterscheidet, sowohl juristisch als politisch für möglich. Im einzelnen verweise ich auf die nachstehenden Anmerkungen zu den verschiedenen Paragraphen.«

Nachstehend erfolgt der Abdruck des Gesetzentwurfes mit den von Dr. Seipel hiezu gemachten Anmerkungen:

## Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Nation.

### I. Zusammensetzung und Verzeichnung der jüdischen Nation.

#### § 1.

Die jüdische Nation ist in der Republik Österreich als solche anerkannt und in ihrer Gesamtheit mit der Rechtsstellung und allen Rechten einer geschützten nationalen Minderheit im Staate ausgestattet.

Anmerkung Dr. Seipels: »Setzt voraus, daß entweder in der Verfassung oder in einem eigenen Grundgesetz der Begriff der »nationalen Minderheit« als Rechtssubjekt und der Umfang der ihr zustehenden Rechte eingeführt ist. Damit bestimmt sich auch der Zeitpunkt, in dem ein solcher Gesetzentwurf in der Nationalversammlung verhandelt werden kann.«

#### § 2.

(1) Angehörige der jüdischen Nation im Sinne dieses Gesetzes sind:

- a) alle Mitglieder der israelitischen Religionsgesellschaft als Bekenner der mosaischen speziellen Nationalreligion des jüdisch-israelitischen Volkes;
- b) alle jene, die sich, ohne der israelitischen Religionsgesellschaft anzugehören, dennoch zur jüdischen Nation gehörig erklären, sowie deren minderjährige Kinder, ins solange diese Erklärung nicht widerrufen wird.

Anmerkungen Dr. Seipels: In Absatz a) sind die Worte »mosaischen speziellen« und »jüdisch-israelitischen« zu streichen. In Absatz b) sind im Schlußsatz vor dem Wörtchen »widerrufen« die Worte einzusetzen: »unter gleichzeitigem Bekenntnis zu einer anderen Nation«. Dieser Zusatz ist notwendig, sonst bekommen wir in Zukunft rechtlich »Nationslose« wie jetzt Konfessionslose.

(2) Der bereits erfolgte oder neu erfolgende Austritt aus der israelitischen Religionsgesellschaft hebt für den Austretenden und dessen minderjährige Kinder die Zugehörigkeit zur jüdischen Nation nicht auf.

Anmerkung Dr. Seipels: Im letzten Satz nach »jüdischen Nation« die Worte »für sich allein« einfügen und den Satz durch die Worte ergänzen: »diese erlischt vielmehr erst, wenn der im Sinne des Absatz I, b) erklärte Uebertritt zu einer anderen Nation erfolgt ist«. Daran soll sich folgender neuer Satz schließen: »Solche, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus der israelitischen Religionsgemeinschaft ausgeschieden sind, haben spätestens bei der nächsten Volkszählung für sich und ihre minderjährigen Kinder sich für die Zugehörigkeit zur jüdischen oder zu einer anderen Nation zu entscheiden.«

#### § 3.

(1) Die Angehörigen der jüdischen Nation sind von den politischen Behörden in einem ständig evident zu haltenden Kataster zu verzeichnen.

(2) Bei der Volkszählung nach dem Gesetze vom 29. März 1869, RGBl. Nr. 67, ist in den Anzeigzetteln und Aufnahmebogen die Zugehörigkeit zur jüdischen Nation zum Ausdruck zu bringen.

### II. Stellung im öffentlichen Leben.

#### § 4.

(1) In der Stellung vor dem Gesetze, im Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte, namentlich bei Zulassung zu öffentlichen Stellungen, Aemtern und Würden

oder bei den verschiedenen Berufs- und Erwerbstätigkeiten ist sowohl die jüdische Nation als solche dem deutschen Mehrheitsvolk, als auch jeder jüdische Staatsbürger der Republik Oesterreich den übrigen Staatsbürgern dieses Staates gleichgestellt.

(2) Neben den Angehörigen des deutschen Mehrheitsvolkes werden daher auch jene der Angehörigen der jüdischen Minderheitsnation zum Staats-, Landes-, Bezirks- und Gemeindedienst, zum Lehramt in öffentlich errichteten Volks-, Mittel- und Hochschulen, dann zu den Berufen der Notare und Advokaten, in jenem Zahlenverhältnis zugelassen, das den nationalen Bevölkerungsziffern im betreffenden Lande der Republik Österreich entspricht.

Anmerkung Dr. Seipels: Im ersten Satz soll es heißen: »werden daher gleich den übrigen nationalen Minderheiten auch die Angehörigen der jüdischen Nation...«, statt »Land« soll es heißen »Gliedstaat«.

(3) Das gleiche gilt für die Neuerwerbung behördlich zu erteilender Konzessionen und Lizenzen zum Betriebe von Erwerbsunternehmungen in näher bekanntzugebenden Hauptgruppen.

(4) Die nationalen Bevölkerungsziffern sind zu obigem Zweck den publizierten Ergebnissen der jeweils letzten Volkszählung zu entnehmen.

### § 5.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung, in die Landtage, Bezirks- und Gemeindevertretungen bilden die Angehörigen der jüdischen Nation je einen eigenen Wahlkörper, innerhalb dessen sie im übrigen nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften ihr Wahlrecht ausüben. Die dem jüdischen Wahlkörper zur Entsendung zukommende Vertreterzahl hat der jüdischen Minderheitsstärke (§ 4, Absatz 4) im gesamten, in diese Körperschaft wählenden Wahlgebiet zu entsprechen.

## III. Schulwesen.

### § 6.

(1) Für Kinder jüdischer Nation sind nach Bedarf jüdisch-nationale oder israelitisch-konfessionelle Minderheitsschulen zu errichten, deren Dotierung der Stärke der jüdischen Nationsminderheit im betreffenden Schulsprengel, bzw. der israelitischen Religionsminderheit zu entsprechen hat.

Anmerkung Dr. Seipels: Der Hinweis auf »israelitisch-konfessionell«, »bzw. der israelitischen Religionsminderheit« setzt den Übergang zum System der konfessionellen Schule überhaupt voraus. Sollte das Gesetz vorher oder nach Ablehnung dieses Schulprinzips eingebracht werden, dann müßte dieser Hinweis wegfallen.

(2) Sofernne eigene Schulen für die jüdische Nation nicht errichtet sind, stehen, von den Pflichtschulen abgesehen, die aus öffentlichen Mitteln erhaltenen Unterrichts- und Erziehungsanstalten den Angehörigen der jüdischen Minderheitsnation nur bis zur Erreichung des ihrer Stärke innerhalb der Bevölkerung entsprechenden zahlenmäßigen Schlüssels offen. Die gebietsweise Abgrenzung ist angemessen zu regeln.

Anmerkung Dr. Seipels: Dieser Absatz sollte lauten: »Sofernne eigene Schulen für die jüdische Nation nicht errichtet sind, stehen den Angehörigen der jüdischen Nation die Pflichtschulen in unbeschränktem Ausmaße, die übrigen aus öffentlichen Mitteln erhaltenen Unterrichts- und Erziehungsanstalten jedoch nur im Verhältnis der Stärke der jüdischen Nation innerhalb der Bevölkerung offen.« Der letzte Satz im Absatz 2 ist nicht verständlich genug ausgedrückt.

## § 7.

Der jüdischen Nation bleibt es unbenommen, für ihre Angehörigen aus eigenen Mitteln Schulen und Erziehungsanstalten jeder Art zu errichten und für den Unterricht an diesen selbst vorzusorgen. Diese Schulen und Anstalten unterstehen den allgemeinen Vorschriften und können bei Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen das Öffentlichkeitsrecht erlangen.

Anmerkung Dr. Seipels: Hier müßte eine dem Friedensvertrag von Saint Germain entsprechende Bestimmung eingefügt werden.

## IV. Straf- und Vollzugsbestimmungen

### § 8.

Wer durch unwahre Angaben über seine Person oder durch sonstige Vorspiegelungen falscher Tatsachen über seine Zugehörigkeit zur jüdischen Nation täuscht oder zu täuschen versucht, wird, wenn die strafbare Handlung nicht einer strengeren Bestrafung unterliegt, von der politischen Behörde mit Geld bis zu 5000 Kronen oder Arrest bis zu sechs Wochen bestraft. Bei erschwerenden Umständen können beide Strafen nebeneinander verhängt werden.

Anmerkung Dr. Seipels: Die §§ 5, 6 und der Zusatz zu § 7 setzen die amtliche Führung eines nationalen Katasters, am besten bei der politischen Behörde I. Instanz, voraus. Hiefür müßte wohl in einem eigenen Paragraph dieses Gesetzes Vorsorge getroffen werden.

### § 9.

- (1) Das Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.
- (2) Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist die Staatsregierung betraut.

Anmerkung Dr. Seipels: Das große, politische Bedenken eines solchen Gesetzes ist, daß es notwendig die Anerkennung einer tschechischen Minderheitsnation in Österreich zur Folge hätte.

Daß der vorstehende Gesetzentwurf nur eine Studienarbeit geblieben ist und weder in der Nationalversammlung, für welche er bestimmt war, noch im Nationalrat eingebracht worden ist, findet seine Erklärung darin, daß mir Dr. Seipel das Wort abgenommen hatte, die Einbringung erst dann vorzunehmen, wenn er den Zeitpunkt für günstig findet. Dieser Zeitpunkt war nach dem Ableben des großen Staatsmannes noch weniger gegeben, hat doch nach seinem Heimgang sein unter unerhörten Anstrengungen aufgerichtetes Werk vor der Bedrohung mit Zerfall und Untergang gestanden. Wenn ich jetzt mit meinem vor 15 Jahren gefaßten, im Einvernehmen mit Dr. Seipel bearbeiteten Plan hervortrete, so nicht nur aus geschichtlichen Gründen, sondern auch deshalb, weil mich das Gefühl in seinem Banne hält: Es sei an der Zeit, in der Judenfrage mit der Vogel-Strauß-Politik zu Ende zu kommen und sie einer Lösung auf dem Boden der Vernunft und des Rechtes zuzuführen, ehe die Lösung dem Bereich hemmungsloser Brutalität überantwortet ist.

ihr Recht vertangen, so sage ich, es wird der Tag kommen und mit Shakespeare sage ich: „Wenn Ihr sprecht von Recht — Recht soll Euch werden, mehr als Ihr begehrt!“ und damit schliesse ich. (Beifall.)

**Präsident:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kunisch: ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Kunisch:** Hohes Haus! Wir stehen in der Verhandlung des Kapitels, das uns den Voranschlag des Staatsamtes des Innern enthalten soll. Man könnte das Staatsamt des Innern wohl besser und zutreffender auch das Staatsamt für öffentliche Ordnung oder kurz: Ordnungsamt nennen. Die Aufgabe dieses Staatsamtes ist keine andere, als die Ordnung im Staate aufrechtzuerhalten, wo sie gestört ist, wieder herzustellen, wo sie bedroht ist, sie zu schützen. Es ist das eine Aufgabe, die ich als eine der wesentlichsten, oder besser gesagt, als die wesentlichste Aufgabe der Staatsverwaltung und der Staatsregierung bezeichnen möchte, denn ohne Ordnung gibt es keine fruchtbringende Tätigkeit aller übrigen Staatsämter. Es gibt keine zielbewusste und erfolgverheißende Außenpolitik, wenn im Innern des Staates die Ordnung nicht vollständig gewährleistet ist. Es gibt aber auch keine wirtschaftliche, keine volkswirtschaftliche Entwicklung bei einer gestörten oder bedrohten staatlichen Ordnung und es gibt letzten Endes auch keinen kulturellen Fortschritt, wenn nicht die Ordnung im Innern des Staates vollkommen gewährleistet ist. (Sehr richtig!) Und so können wir, obwohl das im Budget selbst nicht aufscheint, doch an den Aufgaben des Staatsamtes des Innern festhalten, daß dasselbe eigentlich die wichtigste Institution, das entscheidendste und bestimmendste Instrument in der Hand unserer Staatsregierung darstellt.

Fragen wir uns nun, wie es bei uns um die Ordnung steht, und wir werden aus der Antwort auch gleichzeitig ersehen können, ob und in welchem Umfang das Staatsamt selbst seiner Aufgabe gerecht geworden ist. Wie steht es bei uns um die Ordnung? Ich knüpfe gleich an ein Ereignis an, das jetzt von drei Rednern behandelt worden ist, an die Studententravalle in Wien. Die Studentendemonstrationen und Studentenschlägereien wurden hier meiner Ansicht nach in einer Weise beurteilt, die nicht gerechtfertigt ist; sie wurden als ein Ereignis für sich behandelt, und das sind sie nicht. Die Studententravalle sind nur der akute Ausdruck der schweren Erkrankung, in welcher sich unsere öffentliche Ordnung und unser öffentliches Leben überhaupt befindet. Sie sind zu vergleichen mit den Wirkungen, die sich ergeben, wenn eine

Eiterbeule zum Aufbrechen kommt, und diese Eiterbeule am Körper unseres Volkslebens wie unseres Staatslebens besteht in der Tatsache, daß seit dem Kriegsbeginn bis zum heutigen Tage noch immer von den Flüchtlingen der damaligen Zeit sich eine bestimmte Sorte — es sind das die Ostjuden — in Wien aufhält und anscheinend durch nichts aus Wien hinauszubringen ist. (So ist es!) Es ist sehr bezeichnend, daß die Flüchtlinge anderer Nationen von selbst das Bedürfnis gehabt haben, in dem Augenblick, wo sich ihnen ein, wenn auch noch so schmaler Weg zurück in ihre Heimat geboten hat, diesen Weg zu betreten und unbestimmt um die Verhältnisse, die sie in ihrer Heimat erwarten, dorthin zurückzuführen. Auch aus den Ostländern der ehemaligen Monarchie, aus Galizien und der Bukowina, hatten wir viele arische Flüchtlinge in unserer Mitte. Sie sind bis auf ganz wenige Leute schon längst wieder aus Wien abgewandert, Leute, die zu Hause auf nichts zu rechnen hatten als auf eine lergebrannte Stätte, die ihnen anzeigt: hier ist einstens dein Heim gestanden, hier ruhte einstens dein Glück. Sie sind nach Hause gegangen trotz alledem, was sie zu Hause erwartet, weil sie auf dem Fleckchen weiter leben und auf dem Fleckchen den Lebenskampf weiter aufnehmen und fortführen wollten, wo auch ihre Wiege gestanden hat. In allen diesen verschiedenen Flüchtlingen lebte das, was jeden Menschen ehrt und adelt: echte, wahre Heimatliebe, die nicht nur zu dulden, sondern auch zu kämpfen vermag, die in der Heimat ein hohes, hehres Ideal erblickt, von dem sie sich nicht trennen wollen, in keiner Not und auch in keiner Gefahr. (Sehr richtig!) Nur die Ostjuden, die nicht nur allein, sondern mit ihrer ganzen Nation gemeinsam haben das Gefühl vollständigen Mangels an Heimatliebe, weil sie keinen Heimatbegriff kennen, sind hier geblieben. Die Heimat des Juden ist der Boden, wo sein Hafer wächst, und nur so lange, als Hafer eingebracht werden kann: in dem Augenblick, wo es Hafer nicht mehr gibt, verliert sie jeden Wert und jede Bedeutung. (Zustimmung.) Und weil insbesondere ein kranker Organismus, ein sozial und wirtschaftlich kranker Organismus für Menschen mit weiter Moral und noch weiterem Gewissen den ausgiebigsten Nährboden für Spekulations- und Bereicherungssüchten, für die Stillung des Triebes der Gabsucht abgibt und da diese Verhältnisse bei uns bestehen, bleiben eben die Ostjuden bei uns. Solange es noch einen grünen Fleckchen gibt, sind sie nicht fortzubringen. Der Menschred läßt das Land, das er überfallen hat, nicht eher los, als bis er es fast gefressen hat. (Sehr richtig!)

Das sieht unser Volk, das empfindet unser Volk. Solange die Juden Anspruch darauf hatten, von uns Gastrecht zu verlangen, weil sie vertriebene,

landflüchtige Leute waren, so lange, haben die arischen Völker und hat das arische Wien über dieses Gastrecht hinaus vergessen auf die Gefahren und Beschwernisse, die die Anwesenheit der Ostjuden für ihr eigenes Leben bedeutet. Nun aber diese Tatsache, diese bestimmende Tatsache des Gastrechtes weggefallen ist, wollen und können die arischen Bestandteile unseres Volkes nicht mehr einsehen und sich erklären, aus welchem Grunde, aus welchem Rechts- oder Humanitätstitel sie noch weiterhin den Ostjuden Gastfreundschaft gewähren sollen. Es bestehen jetzt alle Gründe dafür, zu verlangen, daß die Ostjuden endlich einmal entfernt werden (*Sehr richtig!*), und wenn sie nicht freiwillig gehen wollen, erwartet unser Volk von seiner Regierung und insbesondere von seinem Staatsamt des Innern, daß es seiner Pflicht entspreche und dem heimischen Volke Schutz zuteil werden lasse (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*), das Leid des heimischen Volkes brende, selbst auf die Gefahr hin, dem einen oder dem anderen Teile der Ostjuden ein Leid zuzufügen.

Und nun ruft unser Volk ohne Unterschied der Partei, nicht nur ohne Unterschied, ob christlichsozial oder deutschnational, nein, auch breite Massen der Arbeiter, die sonst durch und durch sozialdemokratisch sind (*Sehr richtig!*), danach, daß Wien endlich befreit werde von der Plage der Ostjuden, die eine wirkliche Stadtplage geworden sind. Und gerade die Arbeiter rufen danach, weil sie die ersten sind, die unter der herrschenden Wohnungsnot am meisten zu leiden haben. Wer über Geld verfügt, konnte nicht nur in der Monarchie, der kann auch in der Republik noch immer ein Obdach finden. Wer über Geld nicht verfügt — und das sind die breiten Massen der Arbeiter — der ist all den furchtbaren Erscheinungen der Wohnungsnot schutz- und wehrlos überantwortet.

Und nun möge sich der Herr Staatssekretär des Innern und mögen sich die anderen in Betracht kommenden Faktoren hineindenken in das Gefühl eines Arbeiters selbst wenn er nicht unmittelbar davon betroffen wird —, der zusehen muß, wie hunderte seiner Volks- und Standesgenossen in elenden Waggons untergebracht werden müssen, wie es vielfach und durch lange Zeit der Fall gewesen ist, während er sieht, daß landfremde Leute sich in den Wiener Wohnungen ungeniert breit machen. Denken Sie sich in das Gefühl eines Arbeiters hinein, der mit den Seinigen Not leidet an allem, Not an Lebensmitteln, an Bedarfsartikeln und der mit ansehen muß, daß in der Zeit dieser furchtbaren Not sich ein Bucher breit macht, wie er unerhörter nicht gedacht werden kann, daß Ausschreitungen der Genuß- und Buzschnitz sich breit machen, wie sie herausfordernd nicht konstruiert

werden können; und wenn er sich sagen muß, die Träger dieser Erscheinungen sind zwar nicht ausschließlich, aber zum überwiegenden Teile direkt oder als die moralischen Urheber die Ostjuden. Denken Sie sich hinein in das Gefühl solcher Arbeiter.

Und denken Sie sich schließlich auch in das Gefühl von Studenten hinein, die, man mag nun über den Krieg urteilen wie man will, und über die Pflichterfüllung im Kriege auch urteilen wie man will, die nun einmal getragen von dem Gefühl, daß der Krieg zur Verteidigung ihres Vaterlandes und ihrer Nation, der Eigenart ihres Volkes, der Freiheit und Unabhängigkeit ihres Volkes, geführt wird, den harten Kriegsdienst geleistet haben, alle Schwierigkeiten draußen an der Front mitgemacht haben, die rechts und links Freunde und Verwandte betrauern, die draußen ihr Leben gelassen haben oder zu Krüppeln geworden sind, und die nun heimkehren und alle Plätze an den Hochschulen und an den Mittelschulen mit den Juden besetzt sehen (*So ist es!*), die aus Galizien zugewandert sind, sich hier unter allen möglichen listigen Vorpiegelungen, unter Umständen auch durch Bezeichnung als Rabbinkandidaten der Militärpflicht entzogen haben (*So ist es!*), hier nicht nur alle Plätze an den Schulen besetzen, sondern außerdem noch den Studierenden jede Möglichkeit nehmen, nach Beendigung des Studiums sich eine selbstständige Existenz zu gründen. Denn wir haben ja nicht nur jüdische Studenten in großer und schwerer Menge herbeikommen, sondern wir haben ja auch jüdische Intellektuelle herbeikommen, die sich hier breitgemacht haben. Während der arische Advokat seine Pflicht im Dienste des Vaterlandes erfüllt hat, hat jener da und dort seine Kanzlei aufgemacht und hat sich in Wien und in der Provinz niedergelassen. Wir sind auch mit einer Anzahl von jüdischen Ärzten, die sich überall hinsetzen, überflutet. Und wenn man früher einmal spottweise gesagt hat: Wo san's kleine Häusel, san's kleine Zimma, schaute wo an Böhm heranz, san's gewiß zehne drinna, so gilt das jetzt noch vielmehr von den Juden. Wo ein Jude sich einmal nieder setzt, dort ist die ganze Mischpoke in sehr kurzer Zeit hinter ihm. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

So haben wir eine Verjudung des ganzen Standes der freien intellektuellen Gewerbe. Aber auch in der Beamtenschaft drängt sich das Judentum mehr und mehr vor und namentlich, seitdem die Republik glaubt, im Namen der Demokratie und der staatsbürgerlichen Freiheit vor jedem Juden dreimal sich verneigen zu müssen (*Sehr gut!*), damit er sich nicht über Zurücksetzung beklage, finden sie auch in allen Staatsämtern wie in allen öffentlichen Ämtern ungehinderten Eintritt. Es ist ja gar kein Geheimnis, daß, während bei verschiedenen Ämtern

die Ausnahmsperre für Beamte verhängt ist, die Juden es sehr gut verstehen, trotzdem in irgendeiner Form, und sei es auch nur als Vertragsbeamte, sich den Weg in die öffentlichen Ämter zu ebden. Nun denken Sie sich in die Stimmung dieser Studenten hinein, die sich jagen müssen: Ist das der Dank des Vaterlandes? Und denken Sie sich weiter in die Stimmung der Leute hinein, die nicht nur den Schaden sehen, sondern sich immer wieder auch noch verspottet und verhöhnt sehen: Wenn die ostgalizische Jüdin, die mit dem Blutgeld, das der Mann aus der Not unseres Volkes herausgesogen hat, aufgepumpt wie ein lächerlicher Palmesel durch die Straßen herumstolzisiert, wenn der ostgalizische Jude, der die ganze Woche über von Wucher und Betrug gelebt hat, am Sonntag mit seiner aufgedonnerten Kasse auch noch die Atmosphäre des Wiener Heutigen in seiner anmaßenden, pröhlenden, überhebenden Art verpestet, und wenn insbesondere die Studenten sehen, wie sie an der Hochschule verhöhnt und verlacht werden von Professoren und Studenten, dann, Verehrte, sagen Sie nicht, die Studentendemonstrationen sind ein Ausfluß, ein verständiger Gefühlsausdruck, einer Verkommenheit gewisser akademischer Kreise, ein Verfallen in Barbarei und in alte finstere Zeiten zurück, sondern dann begreifen Sie: das ist der elementare Ausbruch einer unterdrückten Volksseele, die hilflos diesem Zustand gegenübersteht. (Großer Beifall und Händeklatschen.)

Verehrte Frauen und Herren! Wenn der Herr Kollege Stricker gesagt hat, er kennt zwischen Ost- und Westjuden keinen Unterschied, er erklärt sich mit beiden solidarisch, so habe ich mit ihm darüber nicht zu rechten. Mein Beruf ist es nicht, just den Westjuden eine bessere und höhere Kultur, bessere und höhere Sitten zuzuschreiben und etwa noch dabei den Widerspruch des Herrn Kollegen Stricker zu riskieren. Wenn er findet, daß sie ein Pack sind, so habe ich dagegen wirklich nichts einzumenden. Wogegen ich mich aber wehren muß, ist, daß er hier mit einem solch sittlichen Pathos gesprochen hat, daß er um Mitleid und Entschuldigungsgründe für seine Landsleute und Volksgenossen geworben hat mit dem Hinweis darauf, daß die Juden eigentlich nicht schuld sind, daß sie so sind, wie sie sind. Da muß ich ihm widersprechen. Er meinte, es sei richtig, daß die Juden dem Wucher sehr zugeneigt sind, aber das sei darauf zurückzuführen, daß die Päpste strenge Verordnungen herausgegeben haben, welche den Christen das Zinsnehmen verboten, und daß die Päpste sogar Verordnungen herausgegeben haben, wonach gestohlenen Gut zurückgegeben werden müsse. Die armen Juden haben aber keine solchen Päpste gehabt und darum glauben sie, daß sie wuchern und stehlen dürfen und sind infolgedessen so schlecht geworden. Ich

wünschte da doch die theologischen Kenntnisse des Herrn Stricker ein wenig unterstützen. Ich bin bei Gott auch nicht sehr fest in dieser Wissenschaft. Ich möchte mir aber erlauben, Herrn Stricker aufmerksam zu machen, daß das Stehlen den Christen nicht durch päpstliche Erlässe verboten worden ist. Das Stehlen ist der ganzen Menschheit an dem Tage verboten worden, an dem der Herrgott durch Moses das siebente Gebot „Du sollst nicht stehlen“ gegeben hat. (Lebhafter Beifall.) Und der Hang der Juden zu diesem auch vom Herrn Stricker gehagten Eigenschaft datiert nicht erst seit den angeführten Erlässen der katholischen Päpste, sondern bei diesem Hang hat sie schon seinerzeit Moses überrascht, als er vom Berge herunterstieg und sah, wie nach der Rückkehr aus Ägypten seine Juden den Tanz um das goldene Kalb aufgeführt haben. (Heiterkeit und Beifall.) Es ist also eine sehr alte Unsitte und wir und die Päpste sind an dieser Entartung der jüdischen Moral wahrhaftig unschuldig.

Was nun, verehrte Frauen und Herren — ich wiederhole — sich hier in diesen Studentendemonstrationen äußert, das ist der Ausbruch lange zurückgehaltener Wut, das ist der Ausbruch der Leidenschaftlichkeit eines Volkes, das sich von seinen Führern und seiner Regierung verlassen fühlt. Daß das bei den Studenten zuerst zum Ausbruch kommt, erklärt sich daraus, daß die Studenten eben junge Leute sind, und bei jungen Leuten die Begeisterung sehr häufig die Umschließungen mehr bestimmt als ruhige, kühle Verstandesermäßigungen. Hohes Haus und Herr Staatssekretär des Innern! Das, was Sie von den Studenten erlebt haben und was wir so unendlich bedauern, das können Sie erleben im großen Stile unter Mitwirkung Tausender sozialdemokratischer Arbeiter als eine Volkserhebung in des Wortes vollster Bedeutung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Abgeordneter Witternigg: Aber die Millionen vom Rathschilde haben Sie genommen!) Mit solchen Vogelachs, Herr Abgeordneter Witternigg, können Sie in Salzburg imponieren, in der Nationalversammlung aber können Sie sich nie erparen.

Meine Herren! Wir wünschen solche Ereignisse nicht, wir verurteilen solche Ereignisse, wir verurteilen auch, daß die deutschen Studenten sich zu solchen Ausschreitungen haben hinreißen lassen und ich will von dieser Stelle die deutschen Studenten eindringlich gebeten haben, daß sie eine Wiederholung solcher Dinge nicht vornehmen. Aber das geht natürlich nicht einseitig an die Studenten, sondern das geht auch an die Regierung, die Vorgehen treffen muß, daß die Ursachen behoben werden; dann bleibt die Wirkung ganz von selber aus. (Beifall.) Und was gibt es nun für Mittel, um dagegen einzuschreiten? Das Staatsamt des Innern

soll die Ostjuden, die freiwillig nicht gehen wollen, ausweisen. Nun weist das Staatsamt des Innern darauf hin, daß es ja von seiner Seite geschieht, daß aber so unendlich große Schwierigkeiten zu bewältigen sind. Sie liegen in unserem Verhältnis gegenüber Polen, mit dem wir doch in ein halbwegs freundschaftliches Verhältnis gelangen wollen, und die Polen haben keine Sehnsucht, ihre Landsleute wieder zurückzubekommen. (Heiterkeit.) Ich kann das den Polen wirklich nachempfinden; aber weil die Polen keine Sehnsucht haben, ihre Landsleute wieder zurückzubekommen, können wir doch nicht verneint sein, die angenehme Gesellschaft jener Randelemente dauernd zu ertragen! (So ist es!) Es werden gewiß Schwierigkeiten vorhanden sein, aber in diesem Ausmaße als Entschädigung für die Rücksichtslosigkeit auf dem Gebiete der Ausweisung der Pfanden kann ich an sie nicht glauben.

Aber item, nehmen wir an, daß diese Schwierigkeiten wirklich bestehen; dann gibt es noch ein anderes Mittel, das auch schon erprobt worden ist, freilich, merkwürdigerweise auch wieder nicht gegenüber den Juden, aber das war ja das Sündenregister der alten Monarchie. Die alte Monarchie hat für Flüchtlinge zweierlei Methoden gehabt: die eine Methode bestand in der Errichtung von Konzentrationslagern, die zweite Methode in der Zwangswegweisung und in der Zubilligung voller Bewegungsfreiheit an bestimmten Orten. Die erstere Methode wurde gegen alle arischen Flüchtlinge der alten Monarchie angewendet. Die rufenischen Bauern hat man in Flüchtlingslager eingesperrt, in Konzentrationslager, und hat sie dort nicht immer gut behandelt. Die italienischen Flüchtlinge hat man auch in Flüchtlingslager eingesperrt, die rumänischen Flüchtlinge dergleichen. Wo immer Flüchtlinge arischer Abkunft hingerufen sind, ob sie nun Bauern oder Arbeiter oder Bürger waren, man hat sie unbarmherzig in die Konzentrationslager gesteckt und hat sie dort wie eine Herde Vieh behandelt, gewartet und gefüttert. Die Juden hat man frei gelassen. Man hat das damit begründet, daß die Juden auf einer höheren Kulturstufe stehend als diese rücksichtlosen arischen armen Teufel sich auch bald im Kreise der übrigen Bevölkerung werden zu bewegen wissen. Das war ein Laster, ein Mißgriff der alten Monarchie.

Wir könnten aber auch auf das zurückgreifen, wir könnten die Juden vor die Wahl stellen, entweder freiwillig auszuwandern oder aber in die Konzentrationslager gesteckt zu werden. Wenn unser Staat kein Mittel hat, die Juden auszuweisen, dagegen gibt es völkerrechtlich und nach dem Friedensvertrag von Saint Germain gar keine Einwendung und keine Befürchtung, daß die Juden in Konzentrationslager hineingesteckt werden; dagegen ist gar nichts einzuwenden, von keinem Gesichtspunkte aus, und wir fordern daher, daß, wenn

die Juden, soweit sie nicht ausgewiesen werden können und soweit sie nicht freiwillig gehen, unverzüglich in solchen Konzentrationslagern interniert werden. Als ich kürzlich diesen Gedanken aussprach, hat mir ein Herr gesagt: Wer wird denn das zahlen, was das kostet? Wer das zahlen wird? Ich bin überzeugt, wenn unser Volk weiß, daß es von diesen Elementen nicht mehr bewuchert wird, wird es gerne seine Zustimmung geben, daß aus Staatsmitteln, eventuell durch Erhebung einer eigenen Kopfsteuer, die Kosten für die Erhaltung der Juden in den Konzentrationslagern aufgebracht werden. Im übrigen meine ich, gäbe es aber auch da noch ein anderes Mittel. Wir haben eine gemeinsame Liquidierung und das könnte ganz gut auf Kosten der gemeinsamen Liquidierung gehen.

Die neue Republik Polen hat ja auch Ansprüche an den gemeinsamen Staat und wir werden seine Ansprüche vorläufig für die Verpflegung seiner uns lästigen Staatsbürger in den Konzentrationslagern eskontieren.

Hohes Haus! Es hat der Abgeordnete Stricker die Frage auch noch weiter ansholend behandelt und die Juden und die Stellung derselben als Volk zum Gegenstand seiner Ausführung gemacht. Ich danke ihm, daß er die Juden als ein einheitliches vierzehnmillionenvolk bezeichnet hat. Ich danke ihm insbesondere dafür, daß er die Äußerung des Herrn Staatskanzlers, es sei noch strittig, ob die Juden ein Volk seien, dahin beantwortet hat, daß hierüber eine Streitfrage nicht bestehen könne, das sei längst entschieden auch durch den Friedensvertrag und durch die Friedenskonferenz, daß die Juden ein Volk sind. Ich danke ihm hierfür und erkläre ihm als Ausdruck meines Dankes, daß ich mich voll und ganz auf seinem Standpunkt stelle. Ich bin mit ihm auch der Meinung, daß der Herr Staatskanzler ganz unrecht hat; die Frage, ob die Juden ein einheitliches Volk sind, ist nicht strittig, die Frage ist vollständig geklärt. Nur ziehe ich aus dieser Tatsache andere Konsequenzen als sie der Herr Abgeordnete Stricker gezogen hat, insbesondere im Zusammenhange damit, daß er fest gestellt hat, daß dieses vierzehnmillionenvolk nun auch staatliche Souveränität bekommen hat, indem ihm Palästina als Heimatland zugesprochen worden ist. Und ich konstatiere nur, daß jeder Österreicher außerhalb der Grenze seines Landes, überall, wo er in der Welt hinkommt, als Ausländer behandelt wird und so geht es natürlich auch jedem Tschecho-Slowaken, der zu uns kommt; der ist ein Ausländer und es hat der Herr Abgeordnete Müller-Guttenbrunn sehr anschaulich dargestellt, wie unsere Staatsämter diese Auffassung gegenüber den arischen deutschen Studenten vertreten, daß sie darauf bedacht sind, ihn nicht als Deutschen hiet zu behandeln, sondern, weil er tschecho-slowakischer

Staatsbürger ist, als Ausländer, als Tschechoslowaken. Und da meine ich nun: das, was Grundgesetz in der ganzen Welt ist, das muß auch Grundgesetz für die Juden sein.

Die Deutschen sind ja mehr als 14 Millionen stark und doch werden sie außerhalb Deutschlands und Österreichs in allen Staaten als Ausländer behandelt und haben sich überall den Gesetzen des Staates unterzuordnen, in dem sie sich als Ausländer befinden. Herr Stricker meint nun aber, es könne der Zustand aufrecht erhalten werden, daß die Juden eigene staatliche Souveränität erhalten, daß man sie als eigenes geschlossenes Volksganzes anerkennt und daß man ihnen zu ihrer staatlichen und zu ihrer Volkssouveränität auch noch das Recht gibt, in jedem ausländischen Staate die Herrscher dieses ausländischen Staates zu sein, und wo sie es noch nicht sind, zu werden. Nein! Sind die Juden ein eigenes Volk und haben die Juden eigene staatliche Souveränität, dann sind sie bei uns Ausländer und haben hier nur Anspruch auf jene Rechte, die ihnen durch den Minoritätenschutz im Friedensvertrage gewährleistet sind und darüber hinaus absolut keine weiteren Rechte. Wir verlangen daher, daß in der österreichischen Nationalversammlung ein Gesetz beschossen werde, welches die Rechtsverhältnisse der Juden als ausländisches Minoritätenvolk in Österreich regelt. *(Bravo! Bravo!)* Dies wollte ich hier noch angeführt haben.

Nun komme ich zu einer zweiten Frage, die uns jetzt wie es um die Ordnung bei uns bestellt ist, das ist die Frage der Rätewirtschaft, oder, besser gesagt, der Rätenikwirtschaft. Wir haben ein ganzes System von Räten, das sich aus dem Anfang bis in unsere heutigen Tage hinein behauptet hat. Wir haben Arbeiterräte, Invalidenräte, Soldatenräte, Betriebsräte und weiß Gott was für Räte noch. *(Ruf: Bauernräte!)* Auch Bauernräte, Bürger- und Ständeräte. Aber der Effekt des Bestandes so vieler Räte ist der, daß der Staatssekretär für Inneres vollständig ratlos ist.

Meine Herren! Was sind denn die Arbeiterräte oder diese Räte überhaupt? Darüber hat uns der Obmann des Kreisarbeiterrates Wien, der Herr Abgeordnete Dr. Adler, Aufschluß gegeben. Er meinte, die Räteorganisationen sind die Revolution in Permanenz. Er hat sie damit auch gar nicht unrichtig beurteilt; das sind sie. Nur stelle ich die Frage, ob ein Volk eine Revolution in Permanenz ertragen kann. Jede Revolution und wenn sie noch so gerechtfertigt ist, ist doch nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel, zu einem bestimmten Zwecke zu gelangen. Die Revolution, die jetzt Österreich und Deutschland betroffen hat, hat doch nur den einen Sinn gehabt, an die Stelle der Monarchie die Republik und an die Stelle der Autokratie die Demokratie zu setzen. Diesen Zweck hat die Revolution erreicht. Wir haben

heute die Republik und wir haben heute, wenigstens nach unseren Grundgesetzen, auch die Demokratie. Damit hat die Revolution ihre Aufgabe erschöpft, wenn sie in den Arbeiterräten weiter wirkt, so ist das die Revolution gegen den Erfolg der Revolution, ist das die Revolution gegen die Republik und die Revolution gegen die Demokratie. Das können wir natürlich nicht brauchen. Das können wir aber auch nicht ertragen. Wir brauchen die Revolution nicht in Permanenz, wir können sie nicht ertragen und daher gibt es keine andere Folgewirkung als die, daß die Räteorganisationen ihre Existenzberechtigung verloren haben, daß sie das einbekennen und daß sie sich auch dieser Erkenntnis unterzuordnen haben.

In der Republik, heißt es, kommt alles Recht vom Volke und wird alles Recht durch das Volk ausgeübt. Das besagt in seinen Schlußkonsequenzen nur eines: daß in einer Republik die vom Volk eingesetzten Behörden und Organe und die von den Organen des Volkes beschlossenen Gesetze höchste und unbestrittene Autorität sind. In der Monarchie, wo auch alles Recht vom Volke kommt, aber nicht durch das Volk ausgeübt wird, kann es ja eine Auflehnung gegen Behörden und Gesetze geben, weil Behörden und Gesetze nicht immer der Ausdruck der Willensmeinung des Volkes sind, sondern oft nur der Ausdruck der Willensmeinung herrschender Kreise, das Werkzeug in den Händen oft weniger Personen darstellen. In der Republik ist das ausgeschlossen und daher gibt es in der Republik keine andere Autorität, als die vom Volk eingesetzte Nationalversammlung, die von dieser Nationalversammlung eingesetzte Regierung und die von dieser Nationalversammlung beschlossenen Gesetze. Und wer nicht Revolutionär, wer nicht Hochverräter an der Republik ist, hat sich diesen Organen, diesen Institutionen, aus dem Willen des Volkes heraus geboren, unterzuordnen und zu fügen. *(Abgeordneter Smittko: Auch die Bauern und die Länder!)* Auch die Bauernräte! Ich nehme da gar keine Räteinstitution aus und will nur bestätigen, was Dr. Adler gesagt hat: Die Räte in ihrem Bestande sind faktisch die Fortsetzung der Revolution, die permanente Revolution. In dieser Erkenntnis wenden wir uns mit aller Entschiedenheit und mit allem Nachdruck gegen den Bestand, vor allem anderen aber gegen die Rechtsanmaßungen, die sich die einzelnen Räteorganisationen herausnehmen. Aber wir müßten, wenn wir auch nicht aus diesen theoretischen Erwägungen heraus das Räteystem ablehnen würden, aus den praktischen Erfahrungen gegen das Räteystem entschiedene Stellung nehmen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das Räteystem, beziehungsweise seine Eingriffe unseren ganzen Ernährungsdienst, soweit er noch durcheinander gebracht werden konnte, restlos durcheinander gebracht und auch die Durchführung des Ernährungsdienstes

## Schlüsseldokumente zu Maria Grengg

---

### Anhang, Seite 85

Auszug aus dem „Fragebogen zur Bearbeitung des Aufnahmeverfahrens für die Reichsschrifttumskammer“ von Maria Grengg, 14.11.1938.

*(Quelle: BArch, Reichskulturkammer, RK B 59)*

### Anhang, Seite 86

Zum Aufnahmeformular beigelegter Lebenslauf von Maria Grengg, ohne Datum

*(Quelle: BArch, Reichskulturkammer, RK B 59)*

33. Film: (Bei mehreren Verfassern sind die anderen Verfasser mit anzugeben)

Titel des Filmes:

wann gedreht:  
(Monat und Jahr)

Produktionsfirma:

keinen

34. Mitverfasser:

keinen

35. Uebersetzungen:

Titel der Uebersetzung:

wann erschienen:  
(Monat und Jahr)

Verlag:

keine

36. Vorträge:

mehrere in der Wiener Urania aus eigenen Werken, im Wiener Tierschutzverein in Dichterlesung an der Wiener Universität, in mehreren B.d.M. Führerandenlägen

37. Auf welchem Gebiet liegt Ihre Haupttätigkeit?

- |                         |                      |
|-------------------------|----------------------|
| 1. Erzählung            | 8. Filmschrifttum    |
| 2. Hochdeutsch, Mundart | 9. Lyrik             |
| 3. Lyrik                | 10. Bühnenschrifttum |
| 4. Uebersetzung         | 11. Vorträge         |
| 5. Fachschrifttum       |                      |
| 6. Zeitschriftentum     |                      |
| 7. Zeitschriftentum     |                      |

Bemerkungen: 1937 erhielt ich für meine Novellen "Der Räuber" und "Der Flüchtling" den großen österreichischen Staatspreis für Literatur.

In meinen Büchern geht es mir darum, die Ideen des Nationalsozialismus in künstlerische Form zu kleiden und sie so dem Volke in leicht faßlicher Art zu vermitteln: ("Flucht zum grünen Herrgott"-Religion; "Feuermandl: Rasse; "Murrende Berg"; Ehe; "Kindmutter"-Frauen- und Muttertum)

Es ist mir bekannt, daß ich nach § 7 der Satzung der Reichsschrifttumskammer verpflichtet bin, wahrheitsgemäß Auskunft zu geben und daß nach § 7, Abs. 2, die Nichterfüllung dieser Verpflichtung Ordnungsgeld oder Ausschluss aus der Kammer zur Folge hat.

Reinhold

am 14. 4.

1938

Unterschrift

Maria Frey

María Grengg. Lebenslauf.

Ich bin in Stein a/d Donau geboren als Tochter eines in Österreich berühmten Wasserbauers. Mein Vater stammte aus einem steiermärkischen Patriziergeschlecht, meine Mutter aus einer Familie von Ärzten, Beamten und Musikern. Meine Kindheit verbrachte ich im schönsten Stück des österreichischen Donaulandes, in der Wachau. Dieses von Kindheit an innige Verbundensein mit der Natur, mit dem Tier und mit dem Volk ist immer wieder die Quelle meiner Arbeiten. Schon als vierjähriges Kind zeichnete ich und als zehnjähriges Schulkind schrieb ich heimlich meine ersten Geschichten. Nach dem Bau der neuen Donaubrücke, die mein Vater mitbaute, wurde er nach Wien ins Ministerium versetzt, ein Ereignis, das mich wie ein bitterer Schlag traf, weil ich mich nie an das Stadtleben gewöhnen konnte. Die gute Seite dieses Wiener Aufenthaltes war nun freilich die, daß ich eine gediegene Schulbildung genießen konnte. Noch als Schülerin des Lyzeums, mit 16 Jahren, zeichnete ich im Auftrag des Verlages Bucher-Köln mein erstes Buch. Dieses Buch ermöglichte mir ohne die übliche strenge Prüfung die Aufnahme in die damals sehr schwer zugängliche Kunstgewerbeschule, und ich wurde sogleich mit Überspringung der Vorschulen in die Spezialklasse Professor Kokomon Moser aufgenommen. Schon während der Schulzeit zeichnete ich für reichsdeutsche Verlage und schrieb für mich jene Begegnungen auf, die mich ergriffen oder fesselten, die ich aber nicht durch das Bild ausdrücken konnte. Erst viele Jahre später, als man in dem Verlage, bei dem ich zeichnete, einen kunsthistorischen Aufsatz brauchte, bekannte ich, daß ich ja auch ein wenig schreibe und machte diesen Aufsatz zur vollen Anerkennung des Auftraggebers und der Leser. Seit damals trat ich öfters mit kleineren Geschichten hervor, die ich in der selbst illustrierte, da bei mir Wort und Bild stets Hand in Hand gehen und ich sehr oft vom Bild zum Wort komme. 1930 schrieb ich meinen ersten Roman "Die Flucht zum grünen Herrgott" im Verlaufe von zwei Monaten, der einen großen Erfolg hatte. Dann folgten von Jahr zu Jahr die weiteren Bücher.

Vor dem Krieg war ich öfters in Südtirol, dessen Berge mir das große Erlebnis waren, gleichfalls in Dalmation. Während der Rheinlandbesetzung erlebte ich an Rhein das Glend des deutschen Volkes, wodurch meine Liebe zu Deutschland noch gesteigert wurde. Mein Herz gehört aber seit je besonders meiner Heimat Niederösterreich, dessen unbekannte landschaftliche Schönheiten ich meistens in meinen Büchern hervorhebe. Der Heimatboden ist zumeist auch der Schauplatz meiner Geschichten.

Für meine Novellen "Starke Herzen" erhielt ich im Jahre 1937 als erste Frau in Österreich den großen österreichischen Staatspreis für Literatur.

Das Ziel meiner Dichtung war und ist, in einer Zeit der geistigen und seelischen Verkommenheit wieder die deutsche Seele zu erwecken und die Grundgedanken Hitlers um die Themen Liebe, Ehe, Kirche und raschische Erneuerung in volkstümlichen Romanen und Erzählungen in wirklich künstlerischer Form zum Ausdruck zu bringen und damit mitzuwirken, daß sie unvergängliches Gemeingut des deutschen Volkes werden.

María Grengg

## Schlüsseldokumente zu Hans Klopfer

---

### Anhang, Seite 88

Bekenntnis von Hans Klopfer, 1938.

*(Quelle: Bund deutscher Schriftsteller Österreichs (Hg.), Bekenntnisbuch österreichischer Dichter, Wien 1938, 56)*

Ein festlicher Brautlauf wars unter einem Sonnenstrahl der Weltgeschichte, wie er wohl noch nie das Kampf- und schicksalsdurchfurchte Angesicht der deutschen Erde überglänzt hat. Was uns unterm steten Mißbrauch ethischen Edelgutes, wie Glaube, Vaterland und Freiheit, aus verkiffenen Lippen beschwören sollte, was wir für herzenskalten hochmütigen Eigensinn und doktrinären Fanatismus hielten, es kam in Wirklichkeit aus einem Abgrund der Verworfenheit, dessen Tiefe wir erst inne wurden, als eine eisenharte Faust noch unmittelbar vor dem Abgrund in die Speichen unseres abstürzenden Staatskarrens griff. Heute dürfen wir von freier Höhe über die sinkenden Nebel schauen. Die Jahre der Bedrückung haben aus dem tiefen Kulturgrund unseres Stammes eine stille Edelreise gebracht, daran unsere Brüder im Reiche schon heute und immer mehr daran noch ihre rechte Freude haben dürfen. Das weiß niemand besser, als unser Führer. Die Weite seines Blicks, die Tapferkeit seines Willens, die heiße Liebe seines Herzens dankbar auf uns wirken zu lassen, ist die kostbare Krönung unserer Feierstunden in diesen frohbewegten Tagen.

Behrend's buch

## Schlüsseldokumente zu Adam Müller-Guttenbrunn

---

### Anhang, Seite 90-93

Denkschrift über die Lage des Kaiserjubiläums-theaters dem neuen Bürgermeister Dr. Karl Lueger. Ende Dezember 1902.

*(Quelle: Die Fackel, Nr. 146, 11.11.1903, 8-12)*

### Anhang, Seite 94-95

Auszug aus dem Stenographischen Sitzungsprotokoll, Haus der Abgeordneten, 116. Sitzung der XVII. Session, 08.04.1902.

*(Quelle: Stenographisches Sitzungsprotokoll, Haus der Abgeordneten, 116. Sitzung der XVII. Session, 08.04.1902, 10.989-10.990)*

....

Das Jubiläumstheater.

Vom Standpunkt des Todfeinds der sogenannten »jüdischen Literaturclique« ward hier wiederholt und erst kürzlich der Stumpfsinn eines »antisemitischen Theaters« dargelegt. Ist es nicht die Sprache der Gehirnerweichung, wenn man in den Berichten über die Generalversammlung des krachenden Jubiläumstheaters jene direktoriale Kontraktsklausel zitiert findet, welche das äußerste »Zugeständnis« darstellt und die von einem Ausschußmitglied ernsthaft verlesen ward: »Bei Stücken, die einen Kassen-

11 -

erfolg versprechen, und bei Werken, wo die Musik die Hauptsache, der Text Nebensache ist, soll der Direktor, wenn der (textliche) Mitarbeiter an dem Stücke nicht zweifellos arischer Abstammung ist, sich vorerst der Zustimmung des Ausschusses vergewissern, der zu diesem Zweckft ein Komitee von fünf Personen bestellt« ? Als Herr Müller- Guttenbrunn, der sich so kostbarer Freiheit noch nicht erfreuen durfte, ächzend nicht weiter konnte, stellten die journalistischen Verfechter einer judenreinen Kulissenwelt seine geschäftliche Unfähigkeit an den Pranger. Aber Herrn Müller- Guttenbrunn trifft in Wahrheit keine andere Schuld als die, daß er eine Sache übernommen hat, an deren heillosen Dummheit auch ein direktoriales Genie scheitern müßte. Alle, die die Entwicklung des Jubiläumstheaters mit Geduld und Wohlwollen betrachtet hatten, weil sie die Befreiung nationalen Kunstlebens von der Cliquenherrschaft erhofft, aber an die Absicht seiner Unterwerfung unter parteipolitische Tendenzen nicht geglaubt haben, werden von der Sprache des Dokuments, das im folgenden zum erstenmale veröffentlicht wird, überrascht sein. Es ist eine Denkschrift, welche Direktor Müller- Guttenbrunn im Dezember 1902 dem Bürgermeister überreicht hat. Abschriften sind damals beteiligten Personen zugekommen, und eine ist mir schließlich auf den Schreibtisch geflattert. Wäre die Denkschrift schon vor einem Jahr veröffentlicht worden, so hätte das 'Deutsche Volksblatt' nicht mehr die Möglichkeit gehabt, finanzielle Enthüllungen mit einem Indianergeheul vorzutragen, die Herr Müller- Guttenbrunn selbst gemacht hat. Zu seinen Gunsten spricht, daß er nicht blind ins Unheil getappt ist, sondern die maßgebenden

Personen über die wirtschaftliche Lage des antisemitischen Theaters aufgeklärt hat. Zu seinen Ungunsten, daß er, der Literat, — und dies wird seinem frischen Ansehen bei der liberalen Presse gewiß nicht förderlich sein — eine Schaubühne politischer Propaganda dienstbar gemacht, Shakespeare als antisemitischen Hausdichter vei\*wendet und die Parteifessel als Schmuck getragen hat;

12

#### DENKSCHRIFT

über die Lage des Kaiserjubiläums-Stadttheaters zu Händen

des Herrn Bürgermeisters

Dr. Karl Lueger

überreicht vom Direktor dieser Bühne.

Die Lage des Kaiserjubiläums-Stadttheaters ist schon lange eine sehr ernste. Der heurige überaus schlechte Geschäftsgang hat die Situation aber derart verschärft, daß ich nicht länger zögern darf, dieselbe dem hochverehrten Protektor unseres Hauses offen darzulegen und Mittel und Wege anzudeuten^ wie dem Unternehmen, das in Gefahr ist, inmitten der Saison zusammenzubrechen, zu helfen wäre.

Es sei mir daher gestattet, in kurzen Strichen die Situation des von mir geleiteten Stadttheaters darzulegen und seine besondere Stellung im Kreise der Wiener Privatbühnen zu charakterisieren.

Allgemeines.

Sämtliche Wiener Privatbühnen sind 'Spekulations-Objekte. Sie müssen sich selbst erhalten und jedes Mittel, dies zu erreichen, ist ihnen gestattet. Sie können nicht der Kunstpflege leben, sie müssen Geschäfte machen. Und jedes dieser Theater hat einen oder mehrere finanzielle Hintermänner.

Auch unser Stadttheater wurde darauf angewiesen, sich selbst zu erhalten, aber es hatte vom Anbeginn noch eine höhere Aufgabe: es sollte eine Stätte deutscher Kunstpflege sein, sollte volksbildende Tendenzen verfolgen, und es mußte ein christliches, ein arisches Theater sein. Und ich hielt und halte noch heute ein solches Theater, wenn es nicht übermäßig belastet wird, in Wien für möglich, wenn die ganze Stadt sich für dasselbe interessiert, wenn nicht die Politik einem solchen Theater eine besondere Stellung anweist.

Das letztere war bei unserer Gründung kaum zu vermeiden, und deshalb war es ein Irrtum zu glauben, daß ein solches Theater sich ohne jegliche materielle Begünstigung dauernd werde behaupten können. **Freilich durfte man hoffen, daß**

die Vorurteile jener wohlhabenden christlichen Kreise, die politisch mit den Juden gehen, durch fortgesetzte künstlerische Arbeit des

13

Theaters allmählich zu besiegen sein würden. Das ist aber in den abgelaufenen vier Jahren trotz unsäglicher Arbeit, trotz aller Opfer, die gebracht wurden, nicht gelungen.

Kein Erfolg des eigenen Personals (>Liselott<, »Mutter Sorge«, > Pater Jakob« etc.), kein neu erstandener Dichter (Baumberg, Hawel, Sadil etc.), kein Gastspiel (Frau Schratt, Bonn, Zeska, Reimers, Lewinsky, Herz, Dumont, Peppler) und selbst nicht die Neuaufführung von Werken hervorragender und berühmter deutscher Autoren (Sudermann's »Johannes«) vermag den Bann, der über unser Theater verhängt worden ist, dauernd zu brechen. Der Versuch gelingt immer nur für einen Abend. Unser Haus ist und bleibt ein »Parteitheater«, in das jene wohlhabenden Kreise, die alle Wiener Theater erhalten, nicht gehen. Beweis: Wir verkaufen täglich durchschnittlich keine 5, Logen und unsere teureren Sitze gehen nur dann ab, wenn keine billigen mehr zu haben sind. Die Macht der liberalen Presse wurde auf anderen Gebieten gebrochen, auf dem des Theaters besteht sie fort. Und ein Hauptorgan, die »Neue Freie Presse« schweigt unser Theater einfach aus der Welt, in der sie gelesen wird. Sie bringt keinen Zettel, kein Repertoire, keine Notizen. Dagegen anzukämpfen hat sich bis jetzt als ganz nutzlos erwiesen.

Für unser Theater, das schon lange vor seiner Eröffnung als »Parteitheater« stigmatisiert wurde, hat sich denn auch vom Anbeginn kein christlicher Finanzmann gewinnen lassen, niemand wagte sein Geld an die Führung dieses Theaters. Jedem erschien die Situation desselben zu gefährlich, der Pacht zu hoch.

Gerade für ein Kampftheater war aber ein ausgiebiges und sicheres Betriebskapital die erste Bedingung, denn es hieß und heißt noch heute: »Aushalten!« Und was sich in vier Jahren nicht erreichen ließ, das ist vielleicht in acht oder zehn Jahren zu erreichen.

Unser Theater hatte anzukämpfen gegen eine feindselige Presse, gegen die jüdischen Theateragenten, welche die Werke sämtlicher Autoren von Rang in Vertrieb haben, gegen die Feigheit der christlichen Geschäfts-Autoren und vieler christlicher Schauspieler, und für so manches Stück, das im guten Glauben erworben wurde, mußte nachträglich das Pönale bezahlt werden,

14 -

weil es sich herausstellte, daß hinter dem germanischen Namen des Autors ein Jude verborgen war.  
Hervorragende christliche Schauspieler ließen sich aus Furcht vor der Judenpresse mit uns in gar keine Verhandlungen ein. So war das Jubiläumstheater von Anbeginn ein willkommenes Objekt für Feindseligkeiten jeglicher Art. Dieses Theater sollte kämpfen, siegen, erobern, aber die Sorge saß immer hinter den Türen desselben. Denn die Lasten, die dieses von tausend Feinden befehdete Theater vom Anbeginn. zu tragen hatte, sind zu hoch im Vergleich zu jenen, welche von den anderen, normalen Privattheatern getragen werden, die im Vollbesitze der Gunst der gesamten Presse und der wohlhabenden Kreise des Publikums sind. Und trotzdem hat dieses Theater bis heute eine große Anzahl achtenswerter künstlerischer und ganz erstaunliche materielle Leistungen vollführt.

.....

(Quelle:

[http://www.archive.org/stream/diefackel126krauuoft/diefackel126krauuoft\\_djvu.txt](http://www.archive.org/stream/diefackel126krauuoft/diefackel126krauuoft_djvu.txt). Hervorhebungen durch Oliver Rathkolb, nicht im Original!)

Literatur:

Christian Pape, Müller-Gutenbrunn, Adam, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus: Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 2/1 Personen, Berlin 2009, 567-568.

Erika Weinzierl, Kein „Judentempel“. Adam Müller-Guttenbrunn und das Wiener „Antisemitentheater“, in: Das Jüdische Echo. Zeitschrift für Kultur und Politik 44 (1995), 159-164.

Der ganze Aufsatz enthält nichts, was gegen das bestehende Gesetz verstoßen könnte. Die Beschlagnahme stellt sich als ein Willküract der zuständigen Preisbehörde dar.

Die Gefertigten fragen daher Seine Excellenz:

„Bedeutet derselbe den Preisbehörden die strengsten Weisungen zu erteilen, sich bei der Censur alldeutscher Blätter genau an Recht und Gesetz zu halten?“

Bedeutet Seine Excellenz dafür zu sorgen, daß solche presspolizeiliche Willkürlichkeiten sich nicht mehr wiederholen?“

Wien, 8. April 1902.

Laurenz Hofer.

Dr. Schaff.

Schönerer.

Kittel.

Alwin Nand.

Dr. Eisenloeb.

Stein.

Berger.

Pro.

Matz.

Rindner.

Döb.

Dr. Forstner.

Hand.

Allemann.“

„Anfrage des Abgeordneten Rudolf Berger und Genossen an Seine Excellenz den Herrn Ministerpräsidenten als Leiter des Ministeriums des Innern, betreffend das von der Theaterzensur erlassene Verbot der Aufführung des Dramas „Söhne Israels“ von B. Kriloff und E. R. Witwin.“

Mit Erlaß der Statthalterei für Niederösterreich vom 9. März 1901, Z. 6344, wurde die öffentliche Aufführung des Dramas „Söhne Israels“ untersagt. Der gegen diese Verfügung an das Ministerium des Innern ergriffene Recurs wurde am 23. Juli 1901 unter Zahl 13903 abgewiesen.

Das Werk „Söhne Israels“ behandelt mit scharfer Charakteristik ein Thema von allgemeinem Interesse, es enthält uns ein Stück jüdischer Weltanschauung. Das Drama ist wie geschaffen, der Öffentlichkeit den Abgrund sittlicher Verwerflichkeit und Grausamkeit der Juden und deren mit Recht und Sitte anderer Völker im offenen Widerspruch stehende Anschauungen und Begriffe vor Augen zu führen. Ohne von Antisemiten geschrieben zu sein und auch nicht anders gehalten, als wie es Dramatiker mit den Angehörigen anderer Völker thun, verfiel das Werk doch der Censur, aus dem Grunde wohl allein, weil der Inhalt aufklärend antisemitisch wirken könnte.

Die österreichische Regierung schreibt einzig und allein nur dazu berufen zu sein, über Pfaffen, Adel und Juden ihre schützende Hand zu breiten. Sie fühlte sich auch in diesem Falle gezwungen, mit Hilfe ihrer Polizeiparagraphen als Schutz- und Schirmherrin ihrer „Bürger mosaischer Confession“ aufzutreten. Sie hat durch die getroffene Verfügung des

Aufführungsverbotes den abermaligen Beweis von der Macht des jüdischen Einflusses erbracht. Sie hat sich als gefügiges Werkzeug der Alliance Israelite in den Dienst der Juden gestellt.

Wie der Geist dieser Rasse das ganze öffentliche Leben und alle Bevölkerungsschichten beherrscht und zerlegt, so hat er sich auch durch die Macht seines Geldes die Gewalt des Staates dienstpflichtig und der Corruption dadurch zugänglich gemacht.

Seit es der keine Grenzen nach oben kennende jüdische Einfluß dahin gebracht hat, daß sogar der oberste Beamtenkörper in diesem Staate durch Juden vericucht ist, darf es keinen Denkenden wundernehmen, wenn diese jüdischen Beamten ihre bekannte Machtstellung als Rathgeber von Ministern dazu mißbrauchen, um all die christlichen Erzeugnisse geistiger Arbeit zu unterdrücken, welche geeignet erscheinen, dem „außerwählten Volke“ nicht zum Vortheile zu gereichen.

Wenn aber die Regierung hofft, durch solche willkürliche Handhabungen der Censurgeetze das antisemitische Gefühl aus dem Herzen des Volkes zu reißen, so irrt sie sich. Auch in Österreich wird der Zeitpunkt noch kommen, wo das durch jüdische Racemoral und auch von den Machthabern aus burer Selbstsucht demoralisirte, geknechtete und ansgebeutete Volk in wiedergefundener Bewußtsein der eigenen Kraft zur Abwehr, zur Selbsthilfe schreiten wird.

Schon bei dem Erscheinen des Wertes „Söhne Israels“ ging ein Sturm durch die gesammte jüdische Presse Europas; mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln arbeiteten die durch die in diesem Drama vorgeführten Charaktere tiefster Verworfenheit sich im Innersten getroffenen fühlenden Juden dahin, die öffentliche Aufführung dieses Stückes zu hintertreiben. In Rußland, wo die Censurbehörde dieses Stück freigegeben hat, incenirten sie sogar höhere Theatercandale, so daß die Regierung die Bühnen, die das Drama zur Aufführung brachten, beschützen mußte.

Während im absolutistisch regierten Rußland die Behörde die Aufführung von „Söhne Israels“ gestattete und polizeilich beschützte, fand sich die österreichische Censurbehörde veranlaßt, die Aufführung zu unterlagen, und zwar aus Gründen, die die Gefertigten zwingen, Euer Excellenz zu fragen:

„In welcher Weise kann Seine Excellenz das von der niederösterreichischen Statthalterei erlassene, vom Ministerium des Innern bestätigte Aufführungsverbot des Dramas „Söhne Israels“ rechtfertigen?“

Ist Seine Excellenz geneigt, dieses Aufführungsverbot zu heben und die Freigebung des Stückes zu veranlassen, als auch den Unterbehörden die strenge Weisung zu erteilen, sich bei der Handhabung der Censurgeetze von keinem Einflusse leiten zu

lassen, sondern vollkommen objectiv vorzugehen?"

Wien, 8. April 1902.

Döb.	Berger.
Allemann.	Dr. Schall.
Schönerer.	Sro.
Mittel.	Haud.
Dr. Eientolsb.	Laureuz Hofer.
Alwin Haunich.	Malik.
Lindner.	Stein.
	Dr. Barentner.

„Anfrage des Abgeordneten Berger und Genossen an Seine Excellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die am 25. November 1901 eingebrachte und von Seiner Excellenz am 18. März 1902 beantwortete Anfrage in der Angelegenheit der Postzustellung in einem Ortsteile der Gemeinde Wienthal bei Gablons.“

Zu der Anfrage vom 25. November 1901 wurde das dringende Bedürfnis einer Aenderung der seit 1. Juni 1901 bestehenden Zustellungsverhältnisse von Postsendungen für die zur Gemeinde Wienthal bei Gablons gehörigen Häuser Nr. 148, 146, 149, 196, 250, 407, 413, 427, 428, 443, 457 und 500 und der berechtigte Wunsch der Einwohner dieses Ortsteiles um Zuweisung zum Postbestellbezirke Schlag zum Ausdruck gebracht.

Seit Errichtung des Postamtes Schlag waren diese Häuser, die unmittelbar an die Ortschaft Schlag angrenzen, dem Postbestellbezirke Schlag zugewiesen. Diese Einrichtung hat sich während 11 Jahre vollkommen zweckentsprechend gezeigt und den Bedürfnissen der Bevölkerung in jeder Weise entsprechen, so daß sich nie ein Grund zur Klage über die Postbedienung ergeben hat.

Die allseits zufriedenstellenden Verhältnisse änderten sich aber, als im Juni 1901 die Prager Postdirection die angeführten Häuser aus dem Zustellungsbezirke des Postamtes Schlag ansah und dem des Postamtes Wienthal zuwies.

Ohne mit den örtlichen Entfernungen und Terrainverhältnissen vertraut sein zu müssen, genügt ein Blick auf den Ortsplan, um sich zu überzeugen, daß bei der vorgenommenen Bestelländerung die Interessen der Bevölkerung gar nicht in Betracht gezogen worden sind, denn sonst hätte man nicht eine derartige Aenderung treffen können, daß die Bewohner, die über ein Jahrzehnt kaum 200 Schritte Entfernung zum Postamte hatten, jetzt gezwungen sind, eine Wegestrecke von fast 4 Kilometern zurückzulegen, um zu dem ihnen zugewiesenen Postamte zu gelangen. Durch diese Aenderung erleidet auch die Zustellung der für die Bewohner dieser Häuser einlaufenden Postsendungen eine für diese sehr empfindliche Verletzung,

indem das Postmaterial von Schlag nach Wienthal befördert werden muß, von wo es erst den nächsten Tag zur Bestellung gelangen kann.

Die Interessenten wandten sich sowohl an die Prager Postdirection, als auch an das Handelsministerium um Abstellung dieses für sie oft auch von materiellen Verlusten begleiteten Uebelstandes.

Da diese Eingaben aber unberücksichtigt blieben, ersuchten die Interessenten den Anfragesteller, die Angelegenheit im Reichsrathe vorzubringen. Derselbe ist diesem Ersuchen nachgekommen, indem er am 25. November 1901 eine diesbezügliche Anfrage an Seine Excellenz richtete. Laut der am 18. März l. J. erfolgten Beantwortung hat sich Seine Excellenz aber nicht geneigt gefühlt, die angestrebte Veränderung zu verfügen mit der Schlusßbegründung: „daß nach dem Ergebnisse der im Gegenstande neuerlich gepflogenen Erhebungen die Eigentümer der erwähnten Häuser mit der gegenwärtigen Postzustellung zufrieden sind“.

Diese abweisliche Beantwortung, hauptsächlich der citirte Satz in derselben, ist geeignet, die Meinung zu erwecken, als ob der Anfragesteller nicht im Einverständnisse und über Wunsch der Interessenten, sondern bloß unter Mißbrauch des Interpellationsrechtes, ohne stichhaltige Veranlassung, die Anfrage gestellt hätte.

In Entgegentretung zu dieser möglichen Auslegung und um den Bewohnern des in Betracht kommenden Ortsteiles zu ihrem Rechte zu verhelfen, fühlt sich der Anfragesteller veranlaßt, die Aufmerksamkeit Seiner Excellenz nochmals auf diese Angelegenheit zu lenken.

Da sich Seine Excellenz zur Beantwortung der Anfrage vom 25. November 1901 nur auf das von der Prager Postdirection vorgelegte Erhebungsmateriale stützen konnte, so kann es wohl nicht überraschend wirken, daß die Beantwortung in diesem Sinne ausgefallen ist. Die Prager Postdirection hat, wie bereits öfters, auch diesmal ein Beispiel darüber gegeben, daß ihren Erhebungen nicht der Glauben beigegeben werden kann, welchen man anzunehmen wohl berechtigt wäre. Diese Behörde scheint bei ihren „Erhebungen“ von Einflüssen beherrscht worden zu sein, welche sie sogar bewegen haben, unwahre Berichte an das Ministerium zu erstatten. Denn nur auf diese Weise ist es erklärlich, daß Seine Excellenz am 18. März in der Beantwortung der Anfrage vom 25. November 1901 erklären konnte, „daß sämtliche Hausbesitzer mit der jetzt bestehenden Postzustellung zufrieden sind“ und schon am 24. März, sofort nach erhaltener Kenntniß der Interpellationsbeantwortung, sämtliche interessirten Hausbesitzer sich in einem eingeschriebenen Brief an den Anfragesteller mit der Bitte wandten, bei Seiner Excellenz Verwahrung dagegen einzulegen, daß sie je einmal